

Inhaltsverzeichnis

Umbenennung
Seite 2

Abendvorträge
Seite 3

Semester
Seite 7

Neue Master
Seite 11

Internationales
Seite 15

Aus der Weiterbildung
Seite 22

Kurzmeldungen
Seite 29

Ernennungen/
Auszeichnungen Seite 36

Hochschulseelsorge
Seite 37

Personal
Seite 39

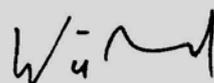
Publikationen
Seite 43

Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich, Sie an dieser Stelle erstmals im Namen der Deutschen *Universität* für Verwaltungswissenschaften willkommen heißen zu dürfen. Mit der inzwischen schon dritten Umbenennung unserer Einrichtung (1947 bis 1950 Staatliche Akademie für Verwaltungswissenschaften, 1950 bis 1997 Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, 1997 bis 2012 Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer) wollen wir nun mit unserem Namen dokumentieren, dass wir uns mit dem Start der neuen Masterstudiengänge 'Administrative Sciences und 'Öffentliche Wirtschaft' zu Beginn des Wintersemesters 2011/12 weiter für die Ausbildung des verwaltungswissenschaftlichen Nachwuchses geöffnet haben und nicht mehr - wie bisher - allein nachuniversitäre Postgraduier-tenangebote bereit halten. Unsere Einrichtung bleibt dabei weiterhin wie schon seit 65 Jahren ein zentrales föderales Begegnungsforum in Sachen guter Verwaltung und wird auch in den kommenden Dekaden die Entwicklung des öffentlichen Sektors insbesondere über ihr erfolgreiches Ausbildungsmodell für den Verwaltungsnachwuchs, ihre renommierte Forschung und durch ihre Weiterbildung mit gestalten.

Mit dem Start der beiden Masterstudiengänge und dem im April 2012 erfolgten Anlauf des berufsbegleitenden MPA-Programms Wissensschaftsmanagement ist die Universität nunmehr in der Bolognawelt angekommen. Wir erwarten nun nachhaltige Synergieeffekte zwischen der weiterhin im besonderen Interessensfokus der Universität stehenden Referendarausbildung und der neuen modularisierten Masterausbildung, die uns didaktisch und organisatorisch vor völlig neuartige Herausforderungen stellen wird. Wir sind überzeugt von den gegenseitigen Befruchtungsmöglichkeiten beider Ausbildungswege.

Darüber hinaus informiert Sie das vorliegende Heft über all das, was das Wintersemester 2011/12 ansonsten für die Universität brachte und welche erinnerungswürdigen Highlights sie in Lehre und Weiterbildung bot. Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre



Univ.-Professor Dr. Joachim Wieland
Rektor der Deutschen Universität für
Verwaltungswissenschaften Speyer

Umbenennung in Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer lautet der neue Name der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften. Die Umbenennung wurde zum 27. März 2012 durch Änderung der Grundordnung vollzogen.

Damit, so Rektor Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland, „wollen wir auch in unserem Namen dokumentieren, dass wir uns nach der Einführung der neuen Masterstudiengänge weiter für die Ausbildung des verwaltungswissenschaftlichen Nachwuchses geöffnet haben und nicht mehr – wie bisher – nur rein nachuniversitäre Postgraduiertenangebote bereithalten.“

Bei der Grundordnungsänderung handelt es sich um eine reine Namensänderung, die nichts an dem rechtlichen Status und der Struktur sowie der Verfassung der Speyerer Einrichtung ändert. So wird die Universität auch nach der Namensänderung weiter von einem Rektor und nicht von einem Präsidenten geleitet. Jedoch zieht die Namensänderung eine große Anzahl von formal notwendigen Folgeänderungen von der Hausordnung bis zur Habilitationsordnung nach sich, die in den nächsten Monaten erfolgen sollen.

Ausdrücklich wies der Rektor darauf hin, dass sich die Universität von der Namensänderung eine Erhöhung ihrer internationalen Wahrnehmbarkeit erhoffe. „Die Verwaltungswissenschaften gestalten sich vor dem Hintergrund der Europäisierung und Globalisierung zunehmend internationaler. Eine klare und scharfe Sichtbarkeit ist daher für eine Einrichtung wie die unsere von sehr großer Bedeutung“, so Wieland. Der bisherige Name Hochschule sei noch sehr stark der Gründung der Speyerer Einrichtung durch die französische Besatzungsmacht im Jahr 1947 geschuldet gewesen. In Frankreich sind die großen und renommierten Einrichtungen wie die berühmte Ecole Polytechnique, die Ecole Nationale d'Administration oder die Ecole normale supérieure bis heute „Schulen“. Im internationalen Kontext habe sich hier aber insbesondere auch im englischsprachigen Raum der Universitätsbegriff durchgesetzt. Eine Namensänderung war daher mit Blick auf die Sichtbarkeit des Standorts Speyer im Bereich der Verwaltungswissenschaften unumgänglich.



Ausdrücklich wies der Rektor darauf hin, dass sich aus der Namensänderung keinerlei Veränderung für den Haushalt der Universität ergibt und dass die Speyerer Hochschule durch die Namensänderung keinesfalls zur jüngsten Universität Deutschlands werde: Immerhin habe sie schon seit mehr als 40 Jahren das Promotions- und Habilitationsrecht.

Der Rektor betonte in diesem Zusammenhang die Sonderrolle, die die Universität als einzige vom Bund und allen Ländern gemeinsam getragene akademische Ausbildungsstätte und als deutsches Kompetenzzentrum für Verwaltungswissenschaften in der Hochschullandschaft einnimmt. Wieland sieht sie in einer besonderen Verantwortung für die Entwicklung von Staat und Gesellschaft: „Wir sind seit 65 Jahren ein zentrales föderales Begegnungsforum in Sachen guter Verwaltung und wollen auch in den kommenden Dekaden die Entwicklung des öffentlichen Sektors in Deutschland und Europa insbesondere über unser erfolgreiches Ausbildungsmodell für Rechtsreferendare und durch unsere Forschung mitgestalten“.

Die Universität widmet sich auf der Grundlage eines breiten methodischen Spektrums dem Thema der öffentlichen Verwaltung von der kommunalen bis zur globalen Ebene und berücksichtigt dabei auch die Beziehungen zwischen öffentlichem und privatem Sektor. Ihre Aufgaben sind die Aus- und Weiterbildung von Führungskräften, die Forschung sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Zu ihrem Kernprofil zählen ihre Wissenschaftlichkeit, ihre Praxisbezogenheit und ihre Interdisziplinarität. Alle drei Aspekte fließen in ihre akademische Lehre, anwendungsorientierte Forschung sowie berufsbegleitende Weiterbildung ein. Mit ihren Magister-, Master- und Promotionsstudiengängen sowie mit ihrem einzigartigen verwaltungswissenschaftlichen Ergänzungstudium für die Rechtsreferendarinnen und -referendare der Länder bietet die Universität ein breites Qualifikationsangebot für künftige Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung an. Mit 17 Lehrstühlen und der größten verwaltungswissenschaftlichen Spezialbibliothek Deutschlands bietet die Universität ihren durchschnittlich 350 Studierenden ein ideales Lern- und Betreuungsumfeld.

Europas Zukunft - Die Krise als Chance

Feierliche Rektoratsübergabe an Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland

Im Mittelpunkt der Eröffnung des Wintersemesters 2011/12 am 23. November 2011 stand die feierliche Rektoratsübergabe an Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland als neuen Rektor der Speyerer Hochschule.

Sein Amtsvorgänger und jetziger Prorektor Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch konnte zu diesem Anlass zahlreiche Gäste und Mitglieder der Hochschule in der Aula begrüßen. In seiner Eröffnungsansprache würdigte er Wieland, der seit dem 1. Oktober 2011 das Amt des Rektors der Hochschule ausübt, als herausragenden Wissenschaftler. Nach seinem Studium der Rechtswissenschaft in Bielefeld und Cambridge sammelte Wieland erste wissenschaftliche Erfahrungen als Mitarbeiter von Univ.-Prof. Dr. Dr. E.-W. Böckenförde an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau. Hier promovierte er 1984 mit einer Arbeit über das Thema „Die Freiheit des Rundfunks“. Anschließend lernte er 1984 bis 1988 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesverfassungsgericht die Arbeit des höchsten deutschen Gerichts kennen, bevor er als wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl Prof. Dr. Alexander Hollerbach, Seminar für Rechtsphilosophie und Kirchenrecht, an die Universität Freiburg im Breisgau zurückkehrte. Dort wurde ihm 1989 die Lehrbefugnis für Öffentliches Recht einschließlich



Übergabe der Amtskette vom bisherigen Rektor, Uni-Prof. Dr. Stefan Fisch, an den neuen Rektor, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland

Foto: Archiv

Finanz- und Steuerrecht, Rechtsvergleichung erteilt. Thema seiner vielbeachteten Habilitationsschrift war „Die Konzessionsabgaben“. Nach Lehrstuhlvertretungen an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und an der Universität Bielefeld erhielt Wieland 1991 einen Ruf auf den Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Finanz- und Steuerrecht an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Bielefeld, wo er von 1996 bis 1998 das Amt des Prorektors für Personal und Finanzen ausübte. 2001 übernahm Wieland den Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Finanz- und Steuerrecht,

Fachbereich Rechtswissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt, wo ihn schließlich 2007 der Ruf auf den Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Finanz- und Steuerrecht nach Speyer erreichte. Wielands Forschungs- und Lehrschwerpunkte liegen in den Bereichen Verfassungsrecht, Finanzverfassungsrecht, Steuerrecht und Öffentliches Wirtschaftsrecht. Seine umfangreichen Kenntnisse konnte Wieland



Feierlicher Semesterauftakt in der Aula

Foto: Archiv

bislang in zahlreichen verantwortungsvollen Funktionen einbringen. So ist bzw. war er Mitglied des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshofs, der Gemeindefinanzreformkommission des Bundes, der Enquetekommission Kommunen des Landtags Rheinland-Pfalz, der Gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung und der Enquetekommission Verfassungsreform des Hessischen Landtags.



Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland

Foto: Archiv

Wieland wirkte als Sachverständiger für die Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und nahm Prozessvertretungen des Bundespräsidenten, des Bundestags, der Bundesregierung, von Landesregierungen und Kommunen vor dem Bundesverfassungsgericht, dem Bundesverwaltungsgericht und verschiedenen Landesverfassungsgerichten wahr.

In den Mittelpunkt seiner Rektoratsrede stellte Wieland ein ganz aktuelles Thema: „Europas Zukunft - Die Krise als Chance“.

Wieland beleuchtete in seinem Vortrag zunächst das Verfassungsziel des vereinten Europas und machte deutlich, dass Europa in der gegenwärtigen Krise an einem Scheideweg steht: „Das Ziel eines vereinten Europas kann in weiter Ferne verschwinden. Die Vereinigung Europas kann aber auch eine neue Dynamik gewinnen, wenn die Verantwortlichen den richtigen Weg einschlagen“, so Wieland.

Er unterstrich die Bedeutung der europäischen Idee für Deutschland nach 1945, betonte aber gleichzeitig, dass heute anders als unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg der Hinweis auf den Frieden nicht mehr ausreiche, um diesen Gedanken mit Leben zu füllen. „Das Projekt Europa braucht eine neue Erzählung. Das haben zuletzt die wechselnden Ergebnisse der Volksabstimmungen über eine europäische Verfassung gezeigt.“

Anschließend analysierte Wieland die gegen-

wärtige Krise der Währungsunion. Als eine von deren Hauptursachen neben der jahrelangen expansiven Geldpolitik der US-Notenbank identifizierte er das Fehlen einer Harmonisierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitiken der Mitgliedstaaten, für die weder institutionelle noch verfahrensmäßige Vorkehrungen getroffen wurden. Daher weise der Stabilitäts- und Wachstumspakt zwar in die richtige Richtung, vermöge aber kaum Wirkung zu entfalten.

Wieland rief in Erinnerung, dass Wirtschaftsregulierung notwendige Voraussetzung jeder funktionierenden Marktwirtschaft ist, da der Markt den Staat als Funktionsbedingung brauche, während der Staat den marktwirtschaftlichen Kräften Raum geben müsse, wenn er eine angemessene Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen sicherstellen wolle.

Wieland sieht in der Krise eine Chance zur Erweiterung der Währungsintegration auf die Wirtschafts- und Fiskalpolitik, zu einer Kontrolle der Staatsverschuldung der Eurostaaten und zu einer wirksamen europäischen Regulierung der Finanzwirtschaft. Zu viele Staaten hätten auf diese Regulierung im Vertrauen auf die Selbstregulierung des Marktes verzichtet. Eine wirksame Finanzmarktregulierung könne künftig sicherstellen, dass Banken und Versicherungen ihre wirtschaftlichen Ziele nicht unter Verstoß gegen die Interessen der Allgemeinheit verfolgen.

In der Krise sei die „Lücke in der Unionsarchitektur so bedrohlich geworden, dass die Mitglieder der Eurogruppe eine institutionelle Verankerung außerhalb der Europäischen Union gesucht haben. In intergouvernementaler Zusammenarbeit haben sie sich des Zivilrechts bedient. Die Mitgliedstaaten der Währungsunion haben Griechenland im März 2010 zunächst gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds bilateral Kredite in Höhe von 110 Milliarden Euro gewährt. Im Mai 2010

wurde durch parallele Gesetze in den einzelnen Staaten der Eurogruppe, nicht durch einen Rechtsakt der Union, für drei Jahre ein provisorischer Rettungsschirm aufgespannt. Zu ihm gehört die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität, die als Zweckgesellschaft nach dem Recht Luxemburgs verfasst ist. Gesellschafter dieser Aktiengesellschaft sind die Mitgliedstaaten der Währungsunion. Der endgültige Rettungsschirm, der von 2013 an den provisorischen Rettungsschirm ablösen soll, beruht auf einem völkerrechtlichen Vertrag, mit dem die Mitgliedstaaten der Eurogruppe ein internationales Finanzinstitut namens Europäischer Stabilisierungsmechanismus ESM gegründet haben. Die übrigen Mitglieder der Europäischen Union wirken in diesen Institutionen nicht mit“, so Wieland.

Ausführlich ging Wieland in seinem weiteren Vortrag auf die Legitimationsproblematik solcher intergouvernemental ohne ausreichende demokratische Legitimation errichteten Einrichtungen außerhalb der Institutionenordnung der Union ein.

Das Resümee des Rektors fiel dennoch hoffnungsvoll aus. Die Krise ermögliche eine überfällige Ergänzung der bislang unvollständigen Architektur der Währungsunion und ebene

möglicherweise über den Zwang zu einer soliden Haushaltspolitik den Weg zu einer handlungsfähigen Wirtschafts- und Fiskalunion. „Die zur Krisenbewältigung außerhalb des Institutionengefüges der Europäischen Union geschaffenen Organe des Rettungsschirmes können mittelfristig in die Union integriert und so besser demokratisch legitimiert und rechtsstaatlich eingebunden werden“, so Wieland.

Auf dieser Grundlage könne sich dann die Eurogruppe zum Kern einer weiter entwickelten Europäischen Union entwickeln und wegen ihrer Wirtschaftskraft eine erhebliche Anziehungskraft für die Mitgliedstaaten der Union entfalten, die den Euro noch nicht eingeführt haben. „Europa wird so eine neues Leitbild erhalten und die Attraktivität zurückgewinnen, die in den vergangenen Jahren unter einer zunehmenden Europaverdrossenheit gelitten hat. Europa ist stark genug, um die gegenwärtige Krise zu bewältigen.“

Der Vortrag kann in der Reihe „Speyerer Vorträge“ beim Rektorat der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer“ bestellt werden.

Das neue Glücksspielrecht - Präventionsmodell mit Gewinnchancen in Karlsruhe und Luxemburg? Antrittsvorlesung von Dr. Alexander Windoffer

Am 11. Januar 2012, also genau am 65. Jahrestag der Gründung der Speyerer Hochschule, konnte Universitätsprofessor Dr. Joachim Wieland als deren Rektor zahlreiche Angehörige und Gäste der Hochschule, darunter den Vorsitzenden des Freundes- und Fördererkreises der Hochschule, Oberbürgermeister Hansjörg Eger, das Mitglied des Europäischen Parlaments Jürgen Creutzmann sowie die Präsidenten der Landesrechnungshöfe Rheinland-Pfalz, Klaus P. Behnke, und aus Baden-Württemberg, Max Munding, begrüßen, die sich verammelt

hatten, um dem Abschluss des Habilitationsverfahrens von Dr. Alexander Windoffer beizuwohnen.

In seinem Einführungsvortrag stellte Wieland zunächst den neuen Privatdozenten der Hochschule der Öffentlichkeit vor. Alexander Windoffer, Jahrgang 1972, gehört der Speyerer Hochschule seit 2001 an. Er kam damals nach dem Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Tübingen und nach seinem Ersten und Zweiten Juristischen Staatsexamen vom



Übergabe der Habilitationsurkunde an Dr. Alexander Windoffer durch den Rektor, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland Fotos: Archiv

Landratsamt des Schwarzwald-Baar-Kreises in Villingen-Schwenningen, wo er das Rechtsamt leitete, als Forschungsreferent an das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, wo er, so der Rektor, „höchst produktiv und innovativ“ gewirkt und eine Vielzahl bemerkenswerter Veröffentlichungen vorgelegt hat. 2005



Dr. Alexander Windoffer

promovierte Windoffer dann in Speyer bei Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow mit „summa cum laude“ zum Dr. rer. publ.

Auf Grundlage seiner Habilitationsschrift „Verfahren der Folgenabschätzung als Instrument zur rechtlichen Sicherung von Nachhaltigkeit“ sowie nach einer Probevorlesung und einem Probekolloquium vor dem Senat der Hochschule erhielt Windoffer dann 2011 die Venia Legendi für „Öffentliches Recht, Europarecht und Verwaltungswissenschaft“, also das Recht, selbst universitäre Lehrveranstaltungen

in diesen Bereichen abzuhalten.

Den förmlichen Abschluss seines Habilitationsverfahrens stellte dann die öffentliche Antrittsvorlesung dar, die das aufwendige Habilitationsverfahren krönte und die Windoffer dem Thema „Das neue Glücksspielrecht - Präventionsmodell mit Gewinnchancen in Karlsruhe und Luxemburg“ widmete.

Windoffer, der bereits seit zwei Semestern eine Lehrstuhlvertretung an der Universität Mainz wahrnimmt, analysierte in seinem Vortrag das neue Glücksspielrecht. In diesem geht es weniger um das Glücksspiel generell, als um seine Handhabung in der Öffentlichkeit. Hier stünden der Schutz der Spieler vor Suchtgefährdung und Manipulation in Konkurrenz zu den garantierten Grundrechten der Berufsfreiheit und der Niederlassungsfreiheit der Wettbetreiber. In seinem Vortrag ging Windoffer auch auf die unterschiedlichen Formen des Glücksspiels von den verschiedenen Lotterien über die Sportwetten, die Casinowetten und die Automaten Spiele ein. Dabei beleuchtete er die von den Glücksspielen ausgehende Suchtgefährdung und umriss die Grenzen staatlicher Einflussnahmemöglichkeiten bei Zulassung und Spielkontrolle.

Kernpunkt des Vortrages waren die unterschiedlichen Zuständigkeiten der verschiedenen Gesetzgebungsebenen, die in Deutschland nicht nur zur Vereinfachung des rechtlichen Umgangs mit den verschiedenen Glücksspielen geführt hätten. Windoffer verwies insbesondere darauf, dass ein vom Land Schleswig-Holstein eingeschlagener Sonderweg die Gefahr in sich birge, dass Wettveranstalter ihren Firmensitz in das nördlichste Bundesland verlegen. Dennoch zog er das positive Fazit, dass die Ländermehrheit mit dem neuen Glücksspielrecht „auf das richtige Pferd gesetzt“ habe. Die entsprechenden Regelungen dürften wohl auch vor den Gerichten in Karlsruhe und Luxemburg Bestand haben, da die darin enthaltenen Restriktionen mit den europäischen Freiheiten vereinbar seien.

Der Vortrag von Dr. Windoffer ist als Speyerer Vortrag erschienen und kann beim Rektorat der Universität angefordert werden.

Semesterstart in Speyer

Am 2. November 2011 startete das Wintersemester 2011/12 für insgesamt 311 Hörerinnen und Hörer. 186 von ihnen waren von den Ländern entsandte Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, die im Rahmen ihres Referendariats ihre Verwaltungs-, Anwalts- oder Wahlstation an der Hochschule absolvieren.

38 Hörerinnen und Hörer hatten sich im verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudium mit dem Studienziel der Erlangung eines Magister rerum publicarum eingeschrieben.

Erstmals immatrikulierten sich im Wintersemester 13 Hörerinnen und Hörer, die nach zwei Jahren Studium einen Master in Administrative Sciences oder in öffentlicher Wirtschaft erwerben wollen. Sie alle und die übrigen Hörergruppen der Doktoranden, EMPA-Austauschhörer und Gasthörer schrieben sich am Morgen des 2. November 2011 zunächst ein, bevor sie vom Rektor und Dr. Strohm in der Aula begrüßt und mit Informationen zum Semesterstart versorgt wurden.

Die zweite Hälfte des Morgens diente dann der Selbstorganisation der Hörerschaft. In Wahlen wurden zunächst die Senatsvertreter der Gruppe der Hörerinnen und Hörer und dann die einzelnen Referenten für die einzelnen Fachreferate der Hörerschaft gewählt.

Mittags startete dann das Studium mit der traditionellen Orientierungsphase, in der sich die Hörerinnen und Hörer einen Überblick über das Lehrangebot im Wintersemester und Eindruck von den Dozentinnen und Dozenten verschaffen konnten.

Senatswahlen am 2. November 2011:

Zu Senatsmitgliedern für die Gruppe der Hörerinnen und Hörer wurden gewählt:

Sonja Spisla
Dennis Seifarth.

Zu deren Stellvertretern wurden gewählt:

Markus Eisenbarth
Florian Rosing.



Hörersprecher Carsten Gutsche

Foto: Archiv

In den Funktionen der Hörerschaft wurden gewählt:

Hörersprecher: Carsten Gutsche

Stellv. Hörersprecherin: Oxana Rimmer

Finanz-Referent: Filippo Siciliano

Stellv. Finanz-Referent: Arndt Reich

Kultur-Referentin: Christina Rostek

Stellv. Kultur-Referentin: Frederike Overmans

Feten-Referentin: Katja Vierath

Stellv. Feten-Referentin: Maria-Lena Weiss

EDV-Referent: Christian Gross

Stellv. EDV-Referent: Joachim Szelwis

Sport-Referentin: Ulrike Bolle

Stellv. Sport-Referent: Matthias Leowardi

Medien-Referent: Marc Nathmann

Stellv. Medien-Referentin: Dominique Emerich

Alumni-Referent: Florian Rosing

Stellv. Alumni-Referent: Salam Richi

Integrations-Referentin: Sara Sistero

Stellv. Integr.-Referentin: Elena Youssefian Sen

Umwelt-Referent: Simon Sauer

Stellv. Umwelt-Referent: Sebastian Haßel

Ball-Referentin: Katja Horlbeck

Stellv. Ball-Referentin: Michaela Bierschenk

Aufbau-Referent: Mirzhan Baimakhanov

Stellv. Aufbau-Referent: Matthias Strunk

Kassenprüfer: Frederik Decker

Stellv. Kassenprüferin: Kathrin Bielezki

Soziale Gerechtigkeit - Grundlagen und aktuelle Fragen der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik

Im Rahmen des von Frau Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen geleiteten Seminars „Soziale Gerechtigkeit - Grundlagen und aktuelle Fragen der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik“, fanden im vergangenen Wintersemester zwei Gastvorträge statt.

Herr Ulrich Manz, Geschäftsführer des Jobcenters Mannheim, hielt am 18. Januar 2012 einen Gastvortrag zum Thema

„Das Mannheimer Grundsicherungsmodell - Umsetzung in die Praxis“.



Ulrich Manz

Foto: Archiv

Mit der Einführung der Hartz IV-Reform Anfang 2005 und der damit verbundenen Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurde das ARGE Job-Center Mannheim gegründet.

Nachdem Ende Dezember 2007 das Bundesverfassungsgericht die Mischverwaltung der Bundesagentur für Arbeit und der Kommune als verfassungswidrig erklärte und darauf hin das Grundgesetz Mitte 2010 geändert wurde, ist das ARGE Job-Center Mannheim zum 01.01.2011 in die gemeinsame Einrichtung Jobcenter Mannheim überführt worden. Die Ziele des Mannheimer Jobcenters sind neben der generellen Verringerung der Hilfebedürftigkeit der Hilfeempfänger, die Verbesserung von deren Integration in die Erwerbstätigkeit und besonders die Vermeidung von Langzeitbezug.

Herr Manz stellte den Zuhörern u. a. zwei Erfolgsmodelle des Mannheimer Jobcenters vor. So kann beispielsweise das Projekt „Junges Mannheim“ in den knapp 5 Jahren seines Bestehens bemerkenswerte Erfolge vorweisen. Während Mitte 2005 noch rund 1.200 Jugendliche in Mannheim ohne Job waren, waren Ende 2011 nur noch 55 Jugendliche arbeitslos. Mittlerweile ist die Jugendarbeitslosigkeit in Mannheim die geringste aller deutschen Großstädte! Darüber hinaus stellte er das „Integrationsprojekt Hochstätt“ vor. In diesem ehemals sehr problematischen Stadtteil Mannheims konnte die SGB II-Arbeitslosenquote von knapp 19 % auf rund 5 % gesenkt werden. Entsprechend konnten jährliche Transferkosten von mehr als 600.000 Euro eingespart werden. Vor allem durch den Einsatz von persönlichen Ansprechpartnern, die

nicht für einzelne Empfänger, geordnet nach den Anfangsbuchstaben ihres Nachnamens, sondern für einzelne Straßenzüge zuständig sind, konnten diese Erfolge bewerkstelligt werden. Wie Herr Manz darstellte, hängt der Erfolg des Jobcenters „vor allem von der Qualifikation des Personals ab“. Dies umfasst auch, dass es die persönlichen Ansprechpartner den Hilfeempfängern ermöglichen, an der Gesellschaft wieder teilzuhaben, was meist der erste Schritt ist, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren und die „Hartz IV-Fälle“ zu verlassen.

Am 25. Januar 2012 fand ein weiterer Gastvortrag im Seminar von Frau Prof. Jansen statt. Gastreferentin war Frau Dorothea Frey, Geschäftsführerin der Familiengenossenschaft e. G. der Metropolregion Rhein-Neckar.

Der Titel ihres Vortrags lautete: „Eine gesellschaftliche Innovation ohne Gleichen - die Familiengenossenschaft e. G.“. Ziel der Familiengenossenschaft ist es, eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch eine Vielzahl individueller, flexibler Betreuungsformen und personale Dienstleistungen zu gewährleisten.



Dorothea Frey

Foto: Archiv

Anlass ist die im europäischen Vergleich sehr niedrige Rückkehrquote ehemals berufstätiger Frauen in Deutschland: Nur jede zweite von ihnen kehrt als Mutter in den Arbeitsmarkt zurück. Die Gründe dafür sind vielfältiger Natur. Zum einen gibt es in den Unternehmen immer noch zu viele unflexible Arbeitszeitmodelle; zum anderen ist die Infrastruktur von Betreuungseinrichtungen für Kinder unter 3 Jahren in vielen Teilen Deutschlands nach wie vor ungenügend. Darüber hinaus sind die vorhandenen Betreuungsplätze häufig (zu) teuer. Neben den genannten Problemen für die Mütter bzw. die Familien, verdeutlichte Frau Frey den Zuhörern aber auch die Probleme für die Unternehmen in Deutschland, die aufgrund der vorhandenen Situation in Deutschland entstehen. Durch den Wegfall vieler gut ausgebildeter Frauen steigt der Suchaufwand für die Unternehmen auf dem ohnehin schon spärlich besetzten Markt an Fachkräften.

Insbesondere die „Topkräfte“ auf dem Arbeitsmarkt selektieren die Unternehmen zunehmend nach „weichen“ Merkmalen, wie etwa die Betreuungsmöglichkeiten für ihre kleinen Kinder. Die Unternehmen sind entsprechend gefordert eine „familienfreundliche Personalpolitik“ durchzuführen, was sich langfristig als echter Standortvorteil entpuppt. Vor diesem Hintergrund gründete Frau Frey 2006, als bundesweit erste Dienstleistungsgenossenschaft von Tagesmüttern und Unternehmen, die Familien-genossenschaft. Sie stellt einen Zusammenschluss von qualifizierten Tagesmüttern, Erzieherinnen, Kinderfrauen, Babysittern und Familien-/Pflegeassistenten/innen dar, in dem Unternehmen als inve-

stierende Firmen mitwirken. Die Unternehmen profitieren von der flexiblen Betreuung von Kindern, aber auch von Angeboten zur Betreuung von älteren, pflegebedürftigen Angehörigen durch die Familiengenossenschaft. Auch für die Tagesmütter und -väter bietet die Genossenschaft Vorteile. Neben der Rechtsberatung und der Qualitätssicherung durch Weiterbildung, Supervision etc. bietet die Genossenschaft auch die Möglichkeit der Vernetzung untereinander. Alle diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, dass Müttern und Vätern zumindest die Option offensteht, arbeiten gehen zu können und zugleich ihre Angehörigen, Kinder oder ältere Menschen gut versorgt zu wissen.

D. R.

Öffentliche Verwaltung und Öffentlichkeitsarbeit - Konzepte, empirische Befunde und Praxisbeispiele

Im Rahmen des von Dr. Daniel Rölle und Dr. Simon Lang geleiteten Kolloquiums „Öffentliche Verwaltung und Öffentlichkeitsarbeit - Konzepte, empirische Befunde und Praxisbeispiele“, fand am 18. Januar 2012 ein Gastvortrag statt.

Gastreferent war Dr. Matthias Nowack, Pressesprecher der Stadt Speyer. Herr Dr. Nowack trug zu dem Thema „Öffentlichkeitsarbeit für die Stadt Speyer in Zeiten von Web 2.0 - Ein Praxisbericht“ vor. Herr Dr. Nowack stellte zu Beginn seines Vortrags die Bandbreite einer städtischen Öffentlichkeitsarbeit dar. So umfasst die Öffentlichkeitsarbeit einer Stadt

wie Speyer, mit jährlich mehr als 1,5 Millionen Touristen, nicht nur die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, sondern auch Tourismus-Marketing und die Repräsentation der Stadt. Zunehmende Bedeutung gewinnen aber auch Themen wie Bürgerinformation bzw. Bürgerbeteiligung oder auch die interne Kommunikation innerhalb der Stadtverwaltung. Der Referent unterstrich weiter, dass Öffentlichkeitsarbeit eine freiwillige Aufgabe von Städten und Kommunen ist. Entsprechend gibt es eine große Bandbreite, wenn man die PR einzelner Städte und Kommunen im Vergleich betrachtet. So bewegt sich beispielsweise das Spektrum der Internetauftritte von der statischen, mit der Bekanntgabe von Ämteröffnungszeiten etc. bestückten Homepage auf der einen Seite, bis zur Stadtverwaltung, die sich u. a. aktiv in sozialen Netzwerken wie Facebook, Twitter & Co. beteiligt, auf der anderen Seite. So sind neben

der Stadt Speyer selbst, auch das Stadtarchiv, die Touristinformation und die Stadtbibliothek mit einer eigenen Seite bei Facebook vertreten. Fragen wie der Datenschutz etc. sind in diesem Zusammenhang

aber noch teilweise ungeklärt bzw. gewinnen neu an Relevanz. „Anders als viele vielleicht denken, stößt die Öffentlichkeitsarbeit aber meist weniger an rechtliche, sondern viel häufiger an ihre finanziellen bzw. personellen Grenzen“, so Dr. Nowack. Eines der Hauptprobleme der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit besteht derzeit vor allem im Sparzwang von Städten und

Kommunen. „Einer der ersten Streichposten ist dabei leider auch oft die Öffentlichkeitsarbeit“, so Dr. Nowack weiter. Ein möglicher Weg könnte sein, dass die Kommunen versuchen über freie Mitarbeiter ihre Öffentlichkeitsarbeit zu verlagern bzw. auszubauen, etwa durch die Moderation ihrer Seiten in sozialen Netzwerken. Zugleich betonte der Referent aber auch, dass die neuen Medien und die sozialen Netzwerke die bisherige kommunale Öffentlichkeitsarbeit ergänzen, aber nicht ersetzen können. Noch immer machen 50 % seiner Kontakte die Kontakte zu lokalen Tageszeitungen, sowie zu lokalen Rundfunk- und Fernsehsendern aus. Mit dem Schlusssatz „Öffentlichkeitsarbeit ist nicht alles, aber ohne Öffentlichkeitsarbeit ist alles nichts“ beendete Dr. Nowack seinen Vortrag vor den zahlreichen interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern.

D. R.



Dr. Matthias Nowack

Foto: Archiv

„SPEA in Speyer 2012“

Public Policy and Administration in Germany, the European Union, and the United States

7. Mai - 8. Juni 2012

Im Wintersemester 2011/12 liefen am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne, M. A., Vorbereitungen für das „SPEA in Speyer“ Programm, das im kommenden Sommersemester zum dritten Mal angeboten wird.

Ziel des Programms

Das Ziel des Lehrprogramms ist, den deutschen und internationalen Hörern der Universität Speyer und den amerikanischen Studenten eine Gelegenheit zu bieten, Probleme und Lösungsansätze der öffentlichen Verwaltung aus deutscher, europäischer und amerikanischer Sicht gemeinsam kennenzulernen und zu vergleichen sowie persönliche Beziehungen zu knüpfen und einen Einblick in die jeweils andere Kultur zu gewinnen.

Das Lehrprogramm

Insgesamt werden im Sommersemester 2012 fünf Seminare in englischer Sprache angeboten:

- A comparative perspective on public administration in the EU, Germany and the US (Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne/Prof. Dr. Sergio Fernandez, SPEA/Prof. Dr. William G. Resh, SPEA)
- European economic integration (Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr)
- Local government and administrative modernization from a comparative perspective (Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann/Dr. Tim Jäkel)
- Policy-making in the European Union and its effects on member states (Dr. Andrej Stuchlik)
- Environmental policy and trade in the WTO (Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Weiß).

Dr. Sergio Fernandez, Associate Professor an der SPEA, ist seit dem Anfang des Kooperationsprogramms im Sommersemester 2010 mit dabei. Er unterrichtete gemeinsam mit Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne das vergleichend angelegte Seminar zu den Problemen der öffentlichen Verwaltungen in Deutschland, der EU und USA. Dieses Jahr wird Professor Fernandez die ersten vier Seminare durchführen. Danach wird ihn sein SPEA-Kollege Dr. William G. Resh, Assistant Professor an der SPEA, ablösen. Durch die Lehre der US-amerikanischen Professoren an der Universität wird den deutschen und internationalen Hörerinnen und Hörern der Universität Speyer ermöglicht, die US-amerikanische Public Administration-Forschung und Lehre aus erster Hand zu erfahren.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Bis jetzt (15. März 2012) haben sich ca. zehn SPEA

Studenten für das Programm angemeldet. Im ersten Programm-Jahr nahmen sieben und im zweiten sechs SPEA-Studenten teil. Für die amerikanischen Studenten ist das Programm Teil ihres Master-Studiums an der SPEA.

Auch dieses Jahr konnten wir unser früheres Ziel, auch andere US-amerikanische und europäische Universitäten ins Programm aufzunehmen (vgl. Speyer-Journal Nr. 18), erreichen. Im Jahr 2011 hatten drei Studenten der University of Georgia (UGA) und zwei Studenten der Staatlichen Universität Tbilisi, Republik Georgien, das Programm absolviert. Dieses Jahr fehlen Vertreter der UGA. Dazu kommt eine Anmeldung aus der State University of California, USA.

Ein ausgeprägtes Interesse am Programm äußerte unsere russische Partneruniversität, die National Research University/Higher School of Economics, Moskau und ihre Filiale in Perm. Vier Studenten wurden bisher zum Programm zugelassen.

Auch dieses Jahr wird eine rege Teilnahme der Speyerer Hörer erwartet. Im ersten Jahr (SS 2010) nahmen am Programm 17 Hörerinnen und Hörer teil: 12 von ihnen nahmen an allen fünf Seminaren teil, fünf Hörer belegten je ein Seminar. Im zweiten Jahr (SS 2011) waren es 18 Speyerer Teilnehmer (14 im Gesamtprogramm und 4 in Einzelseminaren). Die Hörer können die angebotenen Seminare als Teil ihres Ergänzungs- oder Aufbaustudiums belegen.

Das Rahmenprogramm

Es ist eine Reihe von Exkursionen geplant: Stadtführungen in Speyer und Heidelberg (mit Schlossbesichtigung), Exkursionen zum Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe mit Diskussion mit einem Verfassungsrichter, zum EU-Parlament und Europarat in Straßburg und zur Mercedes Benz-Werkstatt in Rastatt. Im EU-Parlament wird die Gruppe auch dieses Jahr von Frau Jutta Steinruck, Mitglied des EU-Parlaments, empfangen.

Die School of Public & Environmental Affairs (SPEA), Bloomington, Indiana University gehört zu den führenden Universitäten der USA im Bereich Public Policy und Public Administration und belegt im US-Hochschulranking seit Jahren regelmäßig einen Spitzenplatz: Nach dem neuesten US News & World Report-Ranking „Best Grad Schools: Public Affairs 2013“ belegt die SPEA den zweiten Platz nach der Syracuse University (Maxwell) und vor der JF Kennedy School of Government, Harvard University.

Neue Masterstudiengänge an der Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer erfolgreich gestartet

Die neuen Masterstudiengänge „Administrative Sciences“ und „Öffentliche Wirtschaft“ sind an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer mit dem ersten Studienjahr für Bachelor-Absolventen erfolgreich gestartet. Neben den Hörerinnen und Hörern besuchen drei aus Mecklenburg-Vorpommern entsandte Beamte des gehobenen Dienstes die Grundlagenmodule der Masterstudiengänge; damit qualifizieren sie sich für den Aufstieg in den höheren Verwaltungsdienst. Im ersten Studiensemester werden die Studierenden zunächst in die Grundlagen der relevanten Disziplinen der Verwaltungswissenschaften eingeführt. Um den Studierenden einen reibungslosen Start in die neuen Strukturen zu ermöglichen, werden die Studierenden intensiv von den zuständigen Servicebereichen 1.3 Internationale Beziehungen (Frau Dr. Ognais) und 1.2 Studium & Lehre, Weiterbildung und Forschungsförderung (Herr Mayer) sowie von Frau Heil beraten und betreut. In enger Zusammenarbeit mit dem Senatsausschuss für die Masterstudiengänge und das verwaltungswissenschaftliche Aufbaustudium werden neue Verfahren und Fragestellungen wie beispielsweise die Anerkennung von Studienleistungen, die Gestaltung des Praktikums (Praktikumsleitfaden), die Möglichkeiten von Auslandssemestern sowie die adäquate Notengebung umgesetzt.

Im April 2012 startet darüber hinaus der weiterbildende, berufsbegleitende Master of Public Administration (MPA) Wissenschaftsmanagement.¹ Der Master Wissenschaftsmanagement vereint theoretische und empirische Wissenschaft mit berufspraktischen Inhalten. Dies spiegelt sich einerseits im Curriculum und andererseits in dem in der Lehre eingesetzten Tandemprinzip wider. In allen Modulen lehren sowohl Wissenschaftler als auch Praktiker. In vier Basismodulen wird ein grundlegender Überblick über die historischen, rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen im Hochschul- und Wissenschaftssektor sowie über Instrumente der Steuerung und des Managements von Wissenschaftseinrichtungen vermittelt. Komplementär dazu werden in vier Managementmodulen zentrale Managementkompetenzen erworben. Hierbei werden die für das Wissenschaftsmanagement notwendigen Aspekte des Finanz- und Kostenmanagements, des Personalmanagements sowie der Führung, Zusammenarbeit und Kommunikation behandelt. Darüber hinaus können die Studierenden zwei

von vier Vertiefungsmodulen wählen, die spezifische Ergänzungen in den Bereichen „Evaluation und Qualitätsmanagement“, „Forschungsförderung“, „Innovation und Wissenstransfer“ sowie „Internationalisierung“ bieten. Der Studiengang richtet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Hochschul- und Forschungsmanagement, an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie an Angehörige der Hochschulverwaltung und Administration von außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen einerseits ihre eigenen beruflichen Erfahrungen im Studium einbringen und andererseits die neu erworbenen Kompetenzen und Kenntnisse im Beruf direkt anwenden können.

Der Studiengang erfreute sich im Vorfeld des ersten Durchlaufs einer sehr hohen Nachfrage, so dass für den ersten Jahrgang insgesamt 29 Studierende zugelassen wurden. Das Geschlechterverhältnis der zugelassenen Bewerberinnen und Bewerber ist ausgeglichen, ähnlich der fachwissenschaftliche Hintergrund, wobei sich ein Übergewicht bei den Bewerberinnen und Bewerbern mit geisteswissenschaftlichem Hintergrund (45 %) zeigt. Ansonsten sind die weiteren Disziplinen wie Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (17 %), Sozialwissenschaften (10 %), Verwaltungswissenschaften (10 %) sowie Bewerberinnen und Bewerber, die ihren Abschluss in einem MINT-Fach gemacht haben (17 %), annähernd gleichermaßen vertreten. Die derzeitigen beruflichen Aufgabenbereiche decken das Spektrum des Wissenschaftsmanagements - von Student-Service-Einrichtungen über Hochschulverwaltung bis zur Tätigkeit in Forschung und Lehre - ab. Generell richtet sich der Masterstudiengang, gemäß seiner inhaltlichen Ausrichtung, sowohl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Hochschulen als auch von außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie anderen Einrichtungen und Organisationen, die mit dem Wissenschaftssystem in Verbindung stehen. Im ersten Jahrgang sind Bewerberinnen und Bewerber aus außeruniversitären Forschungseinrichtungen unterrepräsentiert (4 %); Um alle anvisierten Zielgruppen zu erreichen gilt es, diesen Anteil in den kommenden Jahren zu erhöhen.

Bereits vor dem Anlaufen des MPA Wissenschaftsmanagement hat die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer Kooperationen im Rahmen des Studiengangs mit dem EU-Büro des

Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) abgeschlossen. Die Kooperationsvereinbarungen beinhalten zum einen die gemeinsame Durchführung der Weiterbildungsveranstaltungen des EU-Büros sowie der Internationalen Akademie des DAAD und zusätzlich, im Falle des DAAD, die Zusammenarbeit innerhalb des Curriculums des MPA Wissenschaftsmanagement. Im ersten Fall bietet die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer gemeinsam mit den Kooperationspartnern unterschiedliche Möglichkeiten an, durch das Belegen ausgewählter Module des MPA Wissenschaftsmanagement die jeweiligen Weiterbildungsangebote mit einem Hochschulzertifikat abzuschließen; bei diesen Weiterbildungsangeboten handelt es sich um kostenpflichtige Angebote, in denen einzelne oder mehrere Module des Studiengangs ganz oder teilweise belegt werden können. Sollten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich später entschließen, den MPA Wissenschaftsmanagement vollumfänglich zu studieren, werden Ihnen die bereits absolvierten Module cur-

ricular anerkannt. Im zweiten Fall wird das Vertiefungsmodul „Internationalisierung“ gemeinsam von der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer und dem DAAD gestaltet und durchgeführt, wodurch auch in diesem Modul sowohl die wissenschaftliche als auch die berufspraktische Seite von Internationalisierungsprozessen abgedeckt wird. Ebenso wie die hohe Nachfrage nach dem Studiengang zeigen beide Kooperationen die große Bedeutung und die Notwendigkeit von professionellen Weiterbildungsangeboten im Bereich des Wissenschaftsmanagements.

1: Der MPA Wissenschaftsmanagement ist ein kostenpflichtiger Teilzeitstudiengang; das Studienentgelt beläuft sich insgesamt auf 8.000,- Euro.

DAAD und Universität Speyer vereinbaren Zusammenarbeit im Wissenschaftsmanagement

Im April 2012 startete an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer der Master-Studiengang „Wissenschaftsmanagement“.

29 Teilnehmer haben sich in den neuen berufsbegleitenden Studiengang eingeschrieben, der zum Abschluss Master of Public Administration führt.

Die Nachfrage belegt: Der Bedarf an Führungskräften, die sowohl umfassende Managementkompetenzen als auch tiefgreifende Kenntnisse des deutschen und internationalen Wissenschaftssystems haben, ist hoch.

Auch Internationalisierungsprofis an Hochschulen und in Forschungseinrichtungen brauchen zunehmend Managementkenntnisse. Zu-

gleich werden traditionelle Verwaltungsfachleute im Wissenschafts- und Forschungsbetrieb zunehmend mit neuen und komplexen Aufgaben konfrontiert, die im Zuge der Internationalisierung ihrer Institution auf sie zukommen.

Deshalb ist es folgerichtig, dass auch die Internationalisierung im neuen Studiengang eine wichtige Rolle spielt.

Im zweiten Jahr des M.P.A.-Studienganges haben die Studierenden die Möglichkeit,

ihr persönliches Profil zu schärfen. Dazu können sie aus verschiedenen Vertiefungsmodulen wählen. Eines davon ist der Internationalisierung gewidmet. Es wurde in enger Kooperation zwischen DAAD, internationaler DAAD-



Die Generalsekretärin des DAAD, Frau Dr. Dorothea Rüländ, und der Rektor der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland, bei der Übergabe der Kooperationsvereinbarung
Foto: Archiv

Akademie und dem Stiftungslehrstuhl für „Wissenschaftsorganisation, Hochschul- und Wissenschaftsmanagement“ der Universität Speyer entwickelt. In gemeinsamer Federführung wird es mit Lehrenden der Universität Speyer und des DAAD durchgeführt.

Diese Zusammenarbeit wurde am 26.3.2012 besiegelt. Die Generalsekretärin des DAAD, Frau Dr. Dorothea Rüländ, und der Rektor der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Herr Prof. Dr. Joachim Wieland, unterzeichneten eine entsprechende Kooperationsvereinbarung.

Die Zusammenkunft wurde auch genutzt, um den Bedarf internationaler Partner deutscher Hochschulen im Bereich der Verwaltungswissenschaften und des Wissenschaftsmanagement zu diskutieren, sowie Ideen für eine Internationalisierungsstrategie der Universität zu sammeln.

Der Dialog wird zukünftig fortgesetzt.

G. A./K. H.

Zertifikatsweiterbildung „EU-Referent/in Forschung“

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und sein EU-Büro bieten gemeinsam mit der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer in der Domstadt eine Zertifikatsweiterbildung „EU-Referent/in Forschung“ an.

Europäische Hochschulpolitik zielt neben den Studierenden immer stärker auf Forschung. Die entsprechenden Förderanträge an die EU sind jedoch so komplex geworden, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler inzwischen Spezialisten/innen brauchen, die sie bei der Erstellung dieser Anträge unterstützen.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und sein EU-Büro haben daher mit der Universität Speyer vereinbart, an der Speyerer Universität eine Zertifikatsweiterbildung „EU-Referent/in Forschung“ anzubieten; weiterer Kooperationspartner ist die Hochschule Osnabrück. Die Weiterbildung ist insbesondere für EU-

Referent/innen deutscher Hochschulen oder Forschungseinrichtungen gedacht, die erst vor kurzem diese Tätigkeit aufgenommen haben und noch entsprechend hohen Informations- und Austauschbedarf haben. Ausgelegt ist sie für etwa 20 Teilnehmer/innen pro Jahr.

„Das Weiterbildungsangebot steht in engem Zusammenhang zu unserem neuen berufsbegleitenden Masterstudiengang Wissenschaftsmanagement, der im April starten wird und für den alle Studienplätze bereits innerhalb weniger Tage vergeben werden konnten.“

Mit der neuen Zertifikatsweiterbildung verstärken wir unser Profil im Bereich Hochschul- und Wissensmanagement somit deutlich“, meint Prof. Dr. Ulrich Schmoch als zuständiger Koordinator des Schwerpunkts. Seit 2002 gibt es an der Universität Speyer einen eigenen Schwerpunkt Wissenschaftsmanagement mit entsprechenden Studien- und

Weiterbildungsangeboten.

Im ersten Jahr der Weiterbildung nehmen 21 EU-Referent/innen teil.

Die Angebote der Universität Speyer dafür beginnen im April 2012. Die Kosten können teilweise über Stipendien des BMBF gedeckt werden. Das Programm informiert über die gemeinsame Forschungspolitik der EU, insbesondere über Forschungsförderung. Damit soll zur Bildung eines Europäischen Forschungsraums beigetragen werden, der die Rolle Europas als Forschungsstandort etwa gegenüber den Vereinigten Staaten stärken soll.

Die nächste Bewerbungsrunde für die Weiterbildung öffnet im Herbst 2012, nähere Informationen sind unter www.eu-referent.de abrufbar.



Prof. Dr. Ulrich Schmoch
Foto: Archiv

Internationalisierung der Lehre

Die Internationalisierung der Lehre in den Masterstudiengängen stellt eine spannende Herausforderung für die Universität Speyer dar. Sie ist hierfür aufgrund der Erfahrungen mit dem InWEnt-Programm (Ausländer-Aufbaustudium) sowie im Hinblick auf ein enges und qualitativ hochwertiges Netz an Kooperationspartnern sehr gut gerüstet.

Eine stärkere Internationalisierung der neuen Masterstudiengänge wird hauptsächlich durch die Nutzung des Erasmusprogrammes sowie durch eine Intensivierung der Kooperation im Rahmen des EMPA-Abkommens (=European Master of Public Administration) vorangetrieben. EMPA umfasst ein Konsortium von renommierten europäischen Universitäten im Bereich Public Management/Public Administration.

Auf dem EMPA Jahrestreffen 2012 (19./20.01.2012) in Louvain-la-Neuve/Brüssel wurden die neuen Studiengänge von der Vorsitzenden des Senatsausschusses für die Masterstudiengänge und das verwaltungswissenschaftliche Aufbaustudium Univ.-Prof. Dr. Jansen sowie von Herrn Mayer den Partnern ausführlich vorgestellt sowie die Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit im Rahmen der Anerkennung von Auslandssemestern ausgelotet. Von den EMPA-Partnern wurden die neuen bolognakonformen Strukturen begrüßt und flexible Austauschmodelle in Aussicht gestellt.

Zielrichtung ist dabei, die volle Integration des Auslandssemesters in die Studienprogramme der Speyerer Master. Sehr gut funktionierende Austauschbeziehungen bestehen insbesondere mit den Partnerinstitutionen Bocconi, Budapest, Genf, Liverpool, Leiden, Paris und Tallinn. Mit den meisten Partneruniversitäten gibt es bereits bilaterale Erasmus-/EMPA-Abkommen, die einen Austausch für die Masterstudierenden erleichtern und zudem eine finanzielle Unterstützung für den Auslandsaufenthalt bieten.

Es ist geplant, mit weiteren interessierten bestehenden und zukünftigen Partnern aus dem

EMPA-Netzwerk ebenfalls bilaterale Verträge zu schließen. Im englischsprachigen Raum gibt es mit der irischen University of Limerick einen neuen Partner. Die Erweiterung von EMPA um spanischsprachige Institutionen aus Madrid und Barcelona wird derzeit von dem Konsortium eruiert.

Die Integration eines Auslandssemesters in die beiden Masterprogramme in Speyer setzt eine genaue Abgleichung der Studienprogramme und Module der Partner sowie im Einzelfall die Vereinbarung von sehr passgenauen, individuellen Studienplänen für die Masterstudierenden voraus. Bei diesem komplexen Verfahren werden die Masterstudierenden tatkräftig von den zuständigen Mitarbeitern der Servicebereiche 1.3 Internationale Beziehungen (Frau Dr. Ognois), 1.2 Studium& Lehre, Weiterbildung und Forschungsförderung (Herr Mayer) sowie von Frau Heil unterstützt.

AnsprechpartnerInnen:

Frau Dr. Laure Ognois

Tel.: 06232-654-253

E-Mail:ognois@uni-speyer.de

(Leiterin Servicebereich 1.3 Internationale Beziehungen)

Frau Katharina Heil M.A.

Tel.: 06232-654-347

E-Mail: heil@uni-speyer.de

(Referentin für die Implementierung der Masterstudiengänge)

Rechtsassessor Johannes C. Mayer

Tel.: 06232-654-249

E-Mail: mayer@uni-speyer.de

(Leiter Servicebereich 1.2 Studium& Lehre, Weiterbildung und Forschungsförderung)

Erste Verleihung des „Master of Public Administration“ an der Staatsuniversität in Tiflis

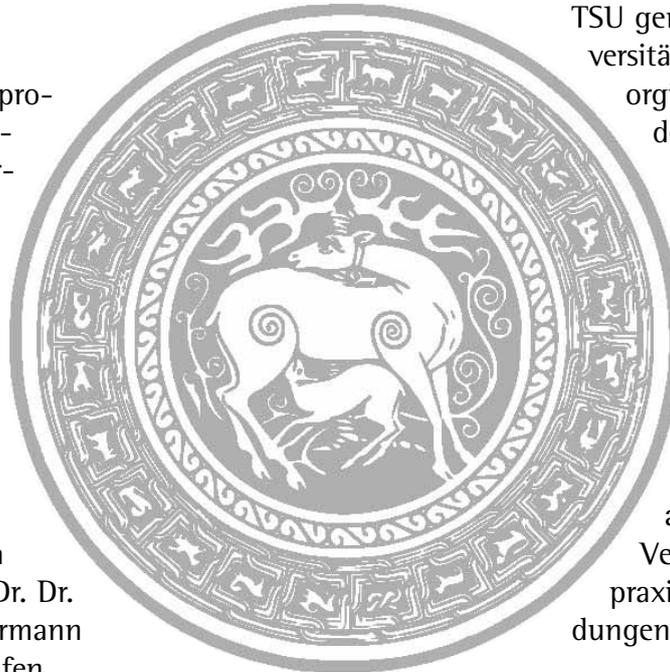
Am 5. Dezember 2011 fand zum ersten Mal die feierliche Verleihung des „Master of Public Administration“ an der Staatlichen Ivane Javakhishvili Universität (TSU) statt.

Das zweijährige Masterprogramm bieten die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer und die Staatliche Ivane Javakhishvili Universität (TSU) gemeinsam seit Dezember 2009 in Tbilisi an. Es wurde von dem ehemaligen Rektor der TSU Herrn Prof. Dr. Giorgi Khubua und Herrn Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann (Speyer) ins Leben gerufen und ist speziell für die Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften in der georgischen öffentlichen Verwaltung konzipiert.

Das Masterprogramm richtet sich an Bachelor-Absolventen der Wirtschafts-, Sozial- und Rechtswissenschaften und anderer Studiengänge mit verwaltungswissenschaftlichem Bezug.

Studienschwerpunkte des englischsprachigen Programms sind rechtliche Grundlagen, Politik und Verwaltung sowie Wirtschaft, Kommunikation, Organisation, Personalmanagement, Haushalt und Finanzen. Highlight des praktischen Teils ist ein zweimonatiges Praktikum in Deutsch-

land oder einem anderen Land der EU. Finanziell unterstützt wird das Studienprogramm von der VolkswagenStiftung.



Gleichzeitig mit der Masterverleihung haben der Rektor der TSU Herr Alexander Kvitashvili und der Dekan der Juristischen Fakultät Herr Prof. Dr. Irakli Burduli, Herr Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann und Herr Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr sowie Herr Dr. Guido Müntel im Namen der Deutschen Botschaft die 23 Studierenden des neuen Jahrgangs willkommen geheißen. Auch Herr Dr. Levermann, Vertreter der VolkswagenStiftung, der leider nicht persönlich vor Ort sein konnte, übermittelte den Absolventen und den neuen Studierenden seine besten Wünsche.

Das gemäß den Bologna-Kriterien akkreditierte Programm hat sich in seinen ersten bei-

den Jahren sehr schnell in Georgien etablieren können. Um an den Erfolg des Studienprogramms anzuknüpfen, arbeitet die juristische Fakultät der TSU gemeinsam mit der Universität Speyer und dem georgischen Parlament an dem Aufbau eines Instituts für Öffentliche Verwaltung der TSU. An diesem soll nicht nur die Wissenschaft und Forschung gefördert und auch ein Doktorandenkolleg entstehen, sondern auch Praktiker aus der öffentlichen Verwaltung beteiligt und praxisrelevante Weiterbildungen angeboten werden.

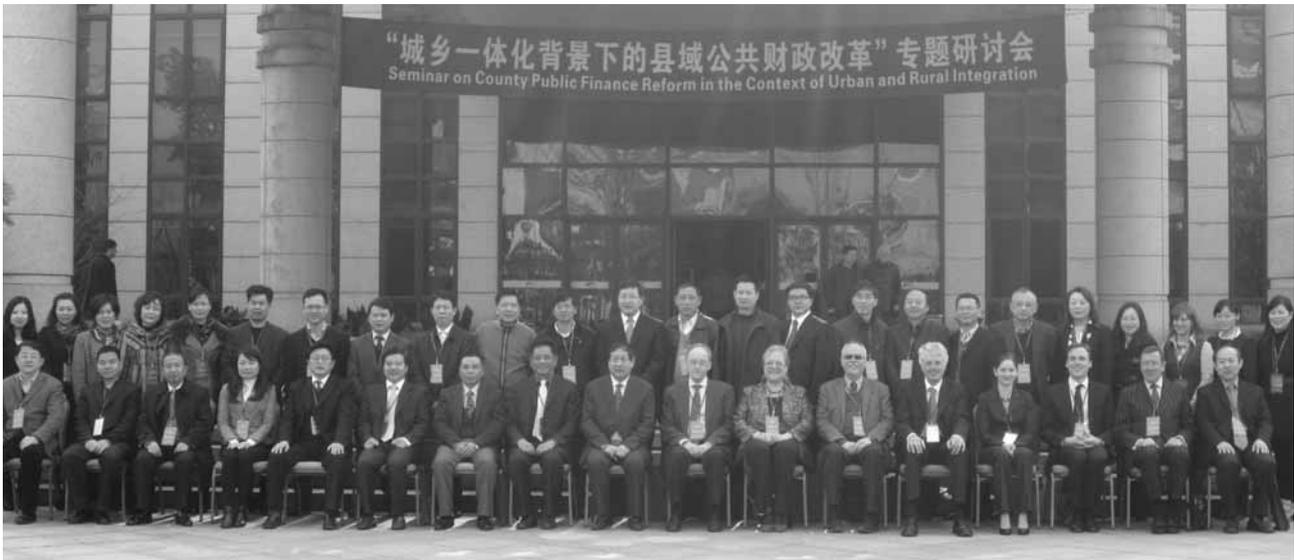
Ansprechpartnerinnen vor Ort sind:

Frau Tamar Berishvili,
Juristische Fakultät der TSU,
Kordinatorin des Masterprogramms Public Administration,
Tel: +995 77 713 000,
E-Mail: tamar.berishvili@tsu.ge

Frau Claudia Hipp,
Abteilung für Internationale Beziehungen an der TSU, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Universität Speyer,
Tel. +995 32 222 11 03,
E-Mail: claudia.hipp@tsu.ge

C.H.

3. Workshop in Kooperation mit der Academy of Governance in Hangzhou (VR China)



Die Teilnehmer des 3. Workshops mit der Chinese Academy of Governance in Hangzhou (VR China)

Foto: Archiv

Am 21. und 22.3.2012 fand der dritte Workshop mit der Chinese Academy of Governance im Rahmen der Kooperation zur vertikalen Verwaltungsreform in China statt, dieses Mal zum Thema „Kommunal Finanzen und kommunales Haushaltswesen in China und Deutschland im Vergleich“. Unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Wang Yukai, Vize-Präsident der China Society of Administrative Reform (CSOAR), referierten und diskutierten WissenschaftlerInnen und Praktiker über die Finanzierung der Landkreise und das kommunale Haushaltswesen in beiden Ländern sowie die aktuellen Reformanstrengungen in China. Am zweiten Tag der Konferenz wurde das Pilotprojekt eines einheitlichen Haushalts (anstelle vieler Teilbudgets der 39

Abteilungen!) in der Kreisstadt Fuyang in der Nähe von Hangzhou und erste Erfahrungen vor Ort vorgestellt und diskutiert.

Die deutsche Seite war mit dem Prorektor der Universität, Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch, der Finanzwissenschaftlerin Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber, den Honorarprofessoren Prof. Jochen Dieckmann und Prof. Dr. Gunnar Schwarting sowie Dipl.-Volksw. Stephanie Hengstwerth und - aus dem Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung - Dipl.-Volksw. Marco Salm vertreten und präsentierte Beiträge zur Geschichte der Kommunal Finanzen, zu kommunalen Steuern, zum kommunalen Finanzausgleich, zur kommunalen Verschuldung sowie zu kommunaler Finanzautonomie und Haushaltswesen. Auf chinesischer Seite behandelten die Beiträge neben grundlegenden Informationen u. a. auch zur kommunalen Verschuldung verschiedene Reformen des Haushaltswesens in mehreren Modell-Landkreisen und -Bezirken (die Landkreise Fuyang in der Provinz Zhejiang und Susong in der Provinz Anhui sowie der Bezirk Haicang der Präfekturstadt Xiamen in der Provinz Fujian).

Die deutsch-chinesische Zusammenarbeit im Rahmen des Projektes „Vertikale Verwaltungsreform“ wird von der GIZ und dem Public Policy Dialogue Funds gefördert und wird im Herbst mit einem Kongress zum Thema „Verwaltungsreformen in China und Deutschland“ abgeschlossen. Die vertikale Verwaltungsreform in China wird nicht nur die Zahl der Verwaltungsebenen in China von fünf auf drei reduzieren (Zentralregierung, Provinzen, Land-



Der Präsident der CAG, Vize-Minister Wie Liqun (Bildmitte) lud die deutsche Delegation mit Frau Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber (r.) und dem Prorektor der Universität Speyer, Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch, zum Bankett in die Akademie in Peking ein

Foto: Archiv

kreise), sondern ist mit einer Vielzahl vor allem von Organisationsreformen verbunden, die die chinesische Kommunalverwaltung effizienter, effektiver im Hinblick auf die Serviceleistungen für Bürger und Wirtschaft, weniger korruptionsanfällig machen soll. Außerdem soll durch diese Reformen die Bevorzugung der städtischen, für deutsche Verhältnisse Mega-Kerne gegenüber den ländlicheren Strukturen in deren Peripherie reduziert werden, damit die großen Entwicklungsdivergenzen auch in Bezug auf die lokalen Lebensbedingungen und Verwaltungsleistungen abgebaut werden.

Der Präsident der CAG, Vize-Minister Wie Liquan, lud zum Abschluss der Veranstaltung die deutsche

Delegation zu einem Bankett in die Akademie in Peking ein.

Prof. Fisch und Prof. Färber besuchten nach dem Workshop in Hangzhou außerdem das Bürgerbüro der Stadt Qingdao (Provinz Shandong), in dem alle kommunalen Dienstleistungen in einer One-stop-Agency zusammengefasst sind. Unternehmen erhalten hier bei ihrer Registrierung einen Memory-Stick, mit dem sie die Mehrzahl ihrer Verwaltungsprozeduren in gesicherten elektronischen Verfahren dezentral abwickeln können. Durch weitere organisatorische Maßnahmen konnten die Bearbeitungszeiten für Anträge radikal reduziert werden.

Transportdynamics The 16th International Conference of Hong Kong Society for Transportation Studies



Die Teilnehmer des 16th International Conference of Hong Kong Society for Transportation Studies (HKSTS)

Foto: Archiv

Auch im Wintersemester 2011/2012 wurde die Universität Speyer von den Lehrstühlen der Univ.-Prof. Dres. Andreas Knorr und Ulrich Stelkens auf der „16th International Conference of Hong Kong Society for Transportation Studies (HKSTS)“ vertreten. Diese jährlich stattfindende Konferenz bietet ein Forum für den internationalen und interdisziplinären Ideenaustausch zu künftigen Entwicklungen in sämtlichen Bereichen des Transportwesens.

Mit „Transportdynamics“ wurde auf der 16. HKSTS 2011 ein Themenkomplex aufgegriffen, der sich auf sämtliche dynamische Phänomene im Bereich der Verkehrsinfrastruktur bezieht und ganz unterschiedliche Aspekte der Gestaltung nachhaltiger Transportsysteme erfasst. Diese reichen von der Modellierung über Analyse, Planung und Entwicklung bis hin zu Durchführung, Koordination und Management der Verkehrsnetze. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die zeitabhängigen Aspekte der Nachfrage sowie des Angebots im

Transportwesen gelegt. Ziel dieser dynamischen Betrachtung ist insbesondere eine verbesserte Vorhersage künftig nachgefragter Leistungen sowie die Erarbeitung ausgereifter Verbesserungsstrategien für Transportsysteme. Zu diesem Zweck wurden Wissenschaftler und Praktiker aus der ganzen Welt und aus unterschiedlichen Disziplinen eingeladen, ihr Wissen, ihre Erfahrungen und Forschungsergebnisse im Rahmen eines „interkulturellen Dialogs“ zu präsentieren.

Erstmalig wurde die Konferenz am Vortag mit einem Workshop zu dem Thema „Behaviour in Networks (BiNs)“ eingeleitet, der den Teilnehmern die Gelegenheit bot, sich in intensiven Arbeitsgruppen bereits auf die Konferenz einzustimmen. Leitthemen der Arbeitsgruppen waren u. a. die Erwartungen und Gewohnheiten der Verkehrsteilnehmer im Hinblick auf die bestehenden Transportnetze einerseits sowie hinsichtlich des Einsatzes neuer Verkehrssysteme andererseits und deren Auswirkungen

für die künftige Konzeptionierung nachhaltiger und leistungsfähiger Verkehrssysteme. Im Vordergrund der Diskussionen standen insbesondere die Realisierbarkeit nachfrageorientierter und anpassungsfähiger Transportangebote sowie des Einsatzes von dynamischen Fahrgastinformationssystemen und nicht zuletzt die Möglichkeiten zur Förderung und Etablierung der Elektromobilität.

Hieran anknüpfend standen im Mittelpunkt der Konferenz die Optimierung und Einbindung dynamischer Gestaltungskonzepte in Flächennutzung und Stadtentwicklung, die Berücksichtigung von Energiesicherheit und Umweltbelangen und besonders die Reduzierung von CO₂-Emissionen, der Einsatz dynamischer Fahrgastinformationssysteme und Kommunikationsstrategien sowie die Sicherheit im Verkehrswesen und Haftungsfragen. Wie bereits in den Vorjahren wurden in den vormittags stattfindenden Plenarsitzungen jeweils übergreifende Themen erörtert, die in den sich anschließenden intensiven kleineren Arbeitsgruppen nachmittags näher beleuchtet, weiter konkretisiert und diskutiert wurden.

In diesem Rahmen erörterte Melanie Noz in ihrem Vortrag „The Provision of Electric Mobility Infrastructure“ die Notwendigkeit der Bereitstellung eines dichten Netzes an Ladeinfrastruktur für die Marktdurchdringung der Elektromobilität insbesondere in Deutschland. In ihrem Vortrag diskutierte sie, wo und in welchem Umfang eine solche Infrastruktur benötigt wird, wie sie finanziert und zur Verfügung gestellt werden soll. Sie untersuchte zunächst die Besonderheiten der Elektromobilität einschließlich der Herausforderungen, die mit dieser Art der Technologie entstehen, ebenso wie die Charakteristik der Ladeinfrastruktur. Danach beleuchtete sie das Verhalten der Fahrzeuginhaber, um dann zu diskutieren, wie die Ladeinfrastruktur zur Verfügung gestellt werden sollte. Dabei spielte insbesondere der Aufbau einer privaten Infrastruktur eine entscheidende Rolle. Öffentliche Ladeinfrastruktur sei nur insofern wichtig, als damit die Elektromobilität verbreitet und wahrgenommen wird, aber auch die sogenannte „Reichweitenangst“ minimiert wird. Hierbei hob sie hervor, dass angesichts der nur be-



Melanie Noz

grenzt zur Verfügung stehenden Mittel der öffentlichen Hand PPPs als eine sinnvolle Alternative in Betracht gezogen werden sollten, um eine solche Infrastruktur im öffentlichen Raum zur Verfügung zu stellen.

Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr präsentierte seine Forschungsergebnisse zu dem Thema „The Case for Deregulating Intercity Bus Service in Germany“. Nach der Darstellung des deutschen Busmarkts skizzierte er die bis August 2011 geltenden restriktiven gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Genehmigung von Intercitybus-Dienstleistungen und untersuchte deren ökonomischen Auswirkungen. Diese ließen allerdings keineswegs die bislang stets in diesem Zusammenhang vorgebrachte Schlussfolgerung zu, dass eine Liberalisierung ökonomisch nicht erstrebenswert sei. Im Gegenteil: Nach der bisherigen rechtlichen Ausgestaltung der Genehmigungspraxis seien die wirtschaftlichen Kosten beträchtlich, denn diese beinhalten beispielsweise die unproduktive Nutzung von Ressourcen in den Regulierungsbehörden und den betroffenen Transportunternehmen ebenso wie zahlreiche fruchtlos geführte Rechtsstreitigkeiten. Aufgrund des Beschlusses des Bundesverwaltungsgerichts vom 26. April 2010 (3 C 56/2010) zeichneten sich nunmehr Änderungen in der Genehmigungspraxis von Intercitybus-Dienstleistungen ab, die Prof. Knorr vorstellte. Im Anschluss präsentierte er mögliche Post-Liberalisierungsszenarien, wobei er eingangs die Erfahrungen der Länder Schweden, des Vereinigten Königreichs sowie den Vereinigten Staaten von Amerika hinzuzog. Um Marktprognosen zu entwickeln, betonte er die entscheidende Rolle der Wettbewerbspolitik. Wettbewerbsbehörden spielten demnach eine sehr wichtige Rolle in den ersten Jahren nach der Liberalisierung, um u. a. fairen Wettbewerb zwischen der Deutschen Bahn AG und den Neueinsteigern sicherzustellen und Marktmissbrauch zu verhindern. Daraufhin zeigte er die Ergebnisse seiner Schätzungen bzgl. des möglichen Marktvolumens und der Marktsegmente. Daneben stellten Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens und Olivia Seifert die Ergebnisse ihrer „Economic Analysis for the Award Procedure in Public Trans-

portunternehmen ebenso wie zahlreiche fruchtlos geführte Rechtsstreitigkeiten. Aufgrund des Beschlusses des Bundesverwaltungsgerichts vom 26. April 2010 (3 C 56/2010) zeichneten sich nunmehr Änderungen in der Genehmigungspraxis von Intercitybus-Dienstleistungen ab, die Prof. Knorr vorstellte. Im Anschluss präsentierte er mögliche Post-Liberalisierungsszenarien, wobei er eingangs die Erfahrungen der Länder Schweden, des Vereinigten Königreichs sowie den Vereinigten Staaten von Amerika hinzuzog. Um Marktprognosen zu entwickeln, betonte er die entscheidende Rolle der Wettbewerbspolitik. Wettbewerbsbehörden spielten demnach eine sehr wichtige Rolle in den ersten Jahren nach der Liberalisierung, um u. a. fairen Wettbewerb zwischen der Deutschen Bahn AG und den Neueinsteigern sicherzustellen und Marktmissbrauch zu verhindern. Daraufhin zeigte er die Ergebnisse seiner Schätzungen bzgl. des möglichen Marktvolumens und der Marktsegmente.

Daneben stellten Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens und Olivia Seifert die Ergebnisse ihrer „Economic Analysis for the Award Procedure in Public Trans-



Olivia Seifert

Fotos: Archiv

port with Consideration of the Legal Bases - Case Study of Germany" vor. Sie zeigten auf, inwieweit der öffentliche Personennahverkehr von den Liberalisierungsbestrebungen und der Vereinbarkeit mit den Wettbewerbs- und Binnenmarktregelungen der EU beeinflusst wird. Insbesondere die EG-Personenverkehrsdiensteverordnung Nr. 1370/2007 (PVVO) stelle den öffentlichen Personennahverkehr vor einen tiefgreifenden Umbruch: Während Verkehrsleistungen ursprünglich überwiegend durch die Aufgabenträger selbst in Form kommunaler Eigenbetriebe erbracht wurden, strebt die Verordnung einen europaweiten, regulierten Wettbewerb bei der Beschaffung von öffentlichen Personenverkehrsdiensten an und schafft einen neuen Rechtsrahmen für die Vergabe und beihilferechtliche Behandlung

öffentlicher Personenverkehrsleistungen. Danach besteht die behördliche Aktivität nicht länger in der Erbringung von Dienstleistungen selbst, sondern im Wesentlichen in der Ausschreibung mit dem Ziel, eine erfolgreiche wie finanziell akzeptable Leistungserbringung trotz des eigenen Rückzugs zu gewährleisten. Das System der Ausschreibungsverwaltung stoße in Deutschland jedoch an vielen Stellen an seine Grenzen und gäbe Anlass für die Kommunen, sich eingehend mit der Frage auseinanderzusetzen, in welcher Weise sie eine ausreichende Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr sicherstellen wollen.

M. N./O. S.

Bericht von Frau Professorin Rocio Araújo-Oñate über ihren Forschungsaufenthalt in Speyer

Die Durchführung des Forschungsvorhabens am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung wurde mir von meiner Heimatuniversität, der Universität del Rosario in Bogotá, Kolumbien, angeboten. Ich war bereits 2001 bis 2006 in Deutschland. In dieser Zeit absolvierte ich das Aufbaustudium an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer und erhielt den Magister Legum an der juristischen Fakultät der Universität Heidelberg. Seit 2006 bin ich Professorin an der juristischen Fakultät der Universität del Rosario. Seitdem pflege ich durch Seminare und Tagungen an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften eine aktive akademische Zusammenarbeit mit meinem wissenschaftlichen Betreuer, Herrn Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann, um verschiedene Themen zu analysieren und zu diskutieren.

Ich wurde sehr herzlich empfangen. Herr Professor Sommermann hat sich Zeit für ausführliche Gespräche genommen; auch die übrigen Mitarbeiter seines

Lehrstuhls und des FÖV haben sich außerordentlich hilfsbereit gezeigt. Besonderer Dank gilt darüber hinaus den Mitarbeiterinnen der Bibliothek. Ein solcher herzlicher Empfang ist für mich nicht nur aus persönlichen Gründen wichtig. Er stellt auch eine wesentliche Grundlage für meine wissenschaftliche Arbeit dar, bei der ich in besonderem Maße auf Ansprechpartner aus Wissenschaft und Praxis angewiesen bin.

Vergessen möchte ich nicht die ehemaligen Professoren und Mitarbeiter der Hochschule, über deren Einladungen zur Teilnahme an einigen, während meines Forschungsaufenthaltes veranstalteten Fortbildungsveranstaltungen ich mich sehr gefreut habe.

Die Lage des Forschungsinstituts in unmittelbarer Nähe zur Bibliothek, zur Taberna und zum Gästehaus bietet ein ideales Arbeitsumfeld. Speyer ist immer wieder ein neues und wunderschönes Erlebnis, das Erinnerungen an meine ehemalige Gastfamilie, Bekannte und Freunde sowie an zahlreiche Ausflugsziele

(Dom, Museen, Maximilianstraße, Rhein) in mir weckt.

Frau Professorin Rocio Araújo-Oñate arbeitete in der Zeit vom 11. Oktober 2011 bis zum 15. April 2012 als Gastforscherin am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) Speyer. Sie widmet sich in ihrer Arbeit dem Thema „Der einstweilige Rechtsschutz“, in der sie die Rechtslage in Deutschland, Spanien und Kolumbien vergleicht. In den Jahren 2002 bis 2003 absolvierte sie das Aufbaustudium an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. 2004 bis 2005 studierte sie an der juristischen Fakultät der Universität Heidelberg und legte dort den Magister Legum ab. Seit 2006 ist sie Professorin an der Universität Colegio Mayor de Nuestra Señora del Rosario in Bogotá. Wissenschaftlicher Betreuer während ihres Forschungsaufenthaltes ist Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann.

Studienreise von Speyerer HörerInnen

Am 30. Januar 2012 besuchte eine Gruppe von HörerInnen in Begleitung von Frau Dr. Baranova, Herrn Dr. Bopst und Frau Dr. Ognois das INET (Institut national des études territoriales) in Strasbourg. Der Besuch erfolgte im Rahmen der Veranstaltung von Herrn Dr. Bopst zur Verwaltungskultur in Frankreich und wurde vom Referat für Internationale Beziehungen koordiniert. In diesem Rahmen wurden die HörerInnen von Herrn Schreiber, Chef der Mission Europe an der INET, empfangen. Zunächst stellte Herr Schreiber seine Institution sowie die zahlreichen Aufgaben der INET vor. Anschließend tauschten sich die Speyerer HörerInnen mit den Élèves der INET über die Studiengänge und die Berufsvorbereitung an französischen und deutschen Verwaltungshochschulen sowie über die Konsequenzen der Finanzkrise auf die Gebietskörperschaften aus. Danach wurde die gesamte Speyerer Gruppe zu einer von Vertretern des Europarats gehaltenen Konferenz eingeladen. Das Programm endete mit einem Empfang an der INET und einem gemeinsamen Abendessen mit den Élèves der INET in Strasbourg.

Besuch einer Delegation der Führungsakademie der Organisationsabteilung der Kommunistischen Partei Chinas

Im Rahmen einer Fachinformationsreise zum Thema Führungskräfteentwicklung im öffentlichen Sektor in Deutschland und Dänemark besuchte am 19. und 20. Oktober 2011 eine 16-köpfige Delegation aus Vertretern verschiedener chinesischer Provinzen die Universität Speyer. Der Studienbesuch erfolgte in Zusammenarbeit mit der GIZ. Nach der Begrüßung und der Präsentation der Universität durch Frau Dr. Ognois, Leiterin des Servicebereichs Internationale Beziehungen, übernahm Herr Univ.-Prof. Dr. Hill, Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaft und Öffentliches Recht, das Fachgespräch. Anschließend hatten die Mitglieder der Delegation die Gelegenheit, sich mit Vertretern der Universität beim Abendessen weiter auszutauschen. Am 20. Oktober besuchte die Delegation die zwei Bürgerbüros der Stadt Speyer. Die Teilnehmer unterhielten sich mit Herrn Schimmele, Leiter des Bürgerbüros der Industriestrasse, über die Struktur und die Aufgaben von Bürgerbüros in Deutschland.

Besuch des französischen Generalkonsuls

Am 8. November 2011 empfing der Rektor, Univ.-Prof. Dr. Wieland, Herrn Tribolet, den neuen französischen Generalkonsul in Frankfurt und Frau Dr. Fourcaud, französische Hochschulattachée, in Speyer. Neben dem Stand der aktuellen deutsch-französischen Beziehungen wurde die gelungene Zusammenarbeit zwischen der Universität und französischen Institutionen erörtert. Am Gespräch nahm auch Dr. Ognois teil.

Besuch des Rektors am Institut national des études territoriales

Am 8. November 2011 besuchten der Rektor der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Univ.-Prof. Dr. Wieland und Frau Dr. Ognois das Institut national des études territoriales (INET) in Strasbourg. Anlass des Besuchs war ein Gespräch mit Herrn Legrand, Direktor der INET und Herrn Schreiber, Leiter der „Mission Europe“ über die Kooperationsmöglichkeiten zwischen dem INET und der Universität.

Trinationalen Metropolregion Oberrhein

Das Konzept der Trinationalen Metropolregion Oberrhein zielt darauf ab, die Entwicklung des Oberrheingebietes zu einer europäischen Region mit höchster Wettbewerbskraft und mit einem attraktiven Lebensraum nachhaltig zu fördern. Die Säule „Wissenschaft“ der TMO möchte eine breite grenzüberschreitende Vernetzung der Akteure von Forschung und Bildung am Oberrhein unterstützen. Die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer nimmt aktiv am Projekt der TMO teil. Am 2. März 2012 traf sich die deutsche Delegation der Trinationalen Metropolregion Oberrhein an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer. Sie wurde von Herrn Univ.-Prof. Dr. Fisch und Frau Dr. Ognois empfangen. Am 21. März 2012 traf sich die Säule „Wissenschaft“ der Trinationalen Metropolregion Oberrhein in Kehl. Die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer wurde bei dem Treffen von Frau Dr. Ognois vertreten.

„Korea verstehen“

Unter dem Motto „Korea verstehen“ boten die koreanischen Studierenden der Universität, allen voran Frau Arong Kim und Herr Sang Hoon Lee, beide Speyerer Doktoranden, im Wintersemester 2011/2012 einmal pro Woche allen Studierenden die Möglichkeit, mehr über ihr Heimatland zu erfahren. Unter anderem wurden die Geschichte Koreas sowie die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Landes beleuchtet. Aber auch die Themen Kunst und Kultur sollten nicht zu kurz kommen. Zwei koreanische Filme wurden gezeigt

und in einem kleinen Sprachkurs stellte Frau Kim das koreanische Alphabet vor und brachte den Teilnehmern die wichtigsten Grußformeln und Ausdrücke bei, mit denen man sich bei einem ersten Besuch im Land zurechtfinden kann. Vielleicht wurde ja bei dem ein oder anderen Teilnehmer das Interesse an einem längeren Aufenthalt in Korea geweckt. Das Referat für internationale Beziehungen dankt Frau Kim und Herrn Lee für ihr großes Engagement bei der Durchführung der vom DAAD geförderten Veranstaltung.

Estland – so klein und doch so groß Weihnachtsfeier für ausländische Hörerinnen und Hörer sowie ihre Gasteltern



Engagierter Vortrag von Helen Kranich über Estland

Am 15. Dezember 2011 veranstaltete das Referat für internationale Beziehungen im Vortragssaal und Foyer des Gästehauses eine Weihnachtsfeier für die ausländischen Studierenden der Universität, die zugleich ein „Länderabend Estland“ war. Nach einer Begrüßung der Gäste durch den Rektor, Herrn Univ.-Prof. Dr. Wieland, und die Leiterin des Servicebereichs für internationale Beziehungen, Frau Dr. Laure Ognois, wurde Estland an diesem Abend gleich aus zwei unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet.

So berichtete Herr Ass. iur. Johannes Mayer, Leiter des Servicebereichs Studium und Lehre, Weiterbildung und Forschungsförderung, über seinen Erasmus-Aufenthalt an der Tallinn University of Technology im März/April 2011. Frau Helen Kranich, für ein Semester als EMPA-Studentin an der Speyerer Universität zu Gast, stellte ihr Land als zwar geografisch klein, aber dennoch eindrucksvoll

und in vielerlei Hinsicht großartig vor. Sie berichtete über die ausgesprochen intensive Nutzung von Elektronik in nahezu allen Lebensbereichen, z. B. über die Möglichkeit der elektronischen Abgabe der Steuererklärung, über E-Schule, E-Wählen und vieles mehr, sowie über die Begeisterung der Esten für Musik und Tanz, die in der Veranstaltung großer Festivals zum Ausdruck kommen. Sie schloss ihren Vortrag mit einem kurzen Überblick über die estnischen Weihnachtstraditionen.

Bei einem reichhaltigen Buffet konnten die Teilnehmer, darunter auch deutsche Studierende und Tandem-Partner sowie die Gasteltern der ausländischen HörerInnen in angeregter Unterhaltung die Kontakte untereinander intensivieren.

Gabi Gerhardt



Vorweihnachtliches Beisammensein

Fotos: Archiv

3. Europa-Seminar Speyer

Vom 10. bis 12. Oktober 2011 fand unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera und Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Karl-Peter Sommermann das 23. Europa-Seminar Speyer statt. Die jährlich ausgerichtete Veranstaltung hat zum Ziel, Führungskräften der öffentlichen Verwaltung vertiefte Kenntnisse über die Wirkungen des Unionsrechts auf das Recht und die Praxis in den Mitgliedstaaten zu vermitteln.

Das 23. Europa-Seminar bot die Gelegenheit, einen vertieften Einblick in ausgewählte Themen zu gewinnen, die sowohl für die europäische und als auch die nationalstaatlichen Ebenen zur Zeit von hohem Interesse sind. So befassten sich die Eröffnungsvorträge von *Johann Schoo* (ehem. Direktor, Europäisches Parlament, Luxemburg), Prof. Dr. *Sven Hölscheidt* (Deutscher Bundestag, Berlin) und Dr. *Otto Schmuck* (Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund, Berlin) mit der Integrationsverantwortung und der Beteiligung des Bundestages sowie der deutschen Länder an der europäischen Integration. Herausgearbeitet und untersucht wurden hierbei insbesondere die in der politischen Praxis zu Tage getretenen rechtlichen und politischen Herausforderungen wie beispielsweise die in vielen europäischen Mitgliedstaaten zu verzeichnende Tendenz zur „Renationalisierung“.

Mit der Kompetenzverteilung zwischen Union und Mitgliedstaaten im Bereich „Energie“ und der Strategie „Energie 2020“ beschäftigten sich die Vorträge von Prof. Dr. *Johann-Christian Pielow* (Ruhr-Universität Bochum), Dr. *Florian Ermacora* (Europäische Kommission, Brüssel) und *Peter Franke*

(Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf).

Die Veranstaltung bot den Teilnehmern die Gelegenheit, sich im direkten Gespräch mit Richterin Prof. Dr. Dr. h.c. *Angelika Nußberger* und Vizekanzler Prof. Dr. *Johan Callewaert* (beide Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Straßburg) vor Ort einen Überblick über die Praxis des Gerichtshofs sowie über den europäischen Grundrechtsschutz durch die Europäische Menschenrechtskonvention und die EU-Grundrechtecharta zu verschaffen.

Zum Thema „Finanzen und Währung in der Europäischen Union“ referierten abschließend Prof. Dr. *Ulrich Häde* (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder) und Prof. Dr. *Wolf Schäfer* (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg). Sie beleuchteten Fragen der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise aus rechtswissenschaftlicher und ökonomischer Seite.

Das Konzept, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in ausgewählten thematischen Bereichen durch Gespräche und Erfahrungsaustausch mit Experten aus Wissenschaft und Praxis vertiefte Einblicke in die angesprochenen Fragestellungen zu vermitteln, erwies sich abermals als erfolgreich. Das 24. Europa-Seminar Speyer findet vom 15. bis 17. Oktober 2012 statt.

Nähere Informationen sind unter: <http://www.uni-speyer.de/Weiterbildung> verfügbar.

F. K.

Sachverständige Rechtsetzung

3. Forum Gesetzgebung

Das 3. Forum Gesetzgebung befasste sich am 27.-28. Oktober 2011 mit dem übergeordneten Thema „Sachverständige Rechtsetzung“. Die von Univ.-Prof. Dr. Sabine Kropp und Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Karl-Peter Sommermann geleitete Weiterbildungsveranstaltung hatte sich zum Ziel gesetzt, die Quellen und Rationalitätskonzepte sachverständiger Rechtsetzung, insbesondere in der Gesetzgebung, offenzulegen und zum einen darzulegen, woher Rechtssetzungsorgane den für ihre Arbeit erforderlichen Sachverstand beziehen und zum anderen zu hinterfragen, welche Rolle institutionalisierte Beratungsgremien (beispielsweise Enquete-Kommissionen, wissenschaftliche Beiräte), aber auch Verbände

und nicht zuletzt die Partizipation der Bürger in diesen Prozessen spielen.

Nach einer Begrüßung durch den Direktor des Bundesrates Gerd Schmitt befasste sich die Veranstaltung zunächst mit der Rationalität der parlamentarischen Rechtsetzung schlechthin: In seinem Eröffnungsreferat skizzierte Univ.-Prof. Dr. Bernd Grzeszick (Direktor des Instituts für Staatsrecht, Verfassungslehre und Rechtsphilosophie, Universität Heidelberg) entsprechend die durchaus antagonistische Position von Rechtsstaatlichkeit einerseits und dem Demokratieprinzip andererseits. Die Neigung parlamentarischer Demokratien durch Verrechtli-

chung Interpretationsspielräume zu verringern, kommt demnach nicht umhin, durch Teilhabe einbußen erkaufte zu werden.

Hierauf folgend wurden die Organisation des Sachverständigen in Parlament und Exekutive einer detaillierten, multidisziplinären Analyse unterzogen. Besonders hervorgehoben wurden einerseits die Fachstrukturen und Wissenschaftlichen Dienste im Bundestag (Prof. Dr. Ulrich Schöler, Leiter der Abteilung Wissenschaft und Außenbeziehungen, Bundestag, Berlin), die Arbeit von Enquete-Kommissionen (Michael Müller, Sachverständiger in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, Bundestag, Berlin) und andererseits der Bundesrat und die Bundesländer (Dr. Michael Wisser, Verkehrs- und Wirtschaftsausschuss, Bundesrat, Berlin). Er illustrierte anhand eines exemplarischen Referentenentwurfs aus dem Bereich der Verkehrspolitik auch „handwerkliche“ Aspekte des komplexen Gesetzgebungsverfahrens. Mit Blick auf die Exekutive setzte sich die Tagung mit dem von Dr. Götz Wewer (Deutsche Post Consult GmbH, Bonn) vorgetragenen Thema des Regierens unter Inanspruchnahme von Politik beratenden Stellen kritisch auseinander.

Einen weiteren Programmteil bildete die nähere Betrachtung der Nutzung externen Sachverständigen, wie beispielsweise die Beratung von Politik und Gesetzgebung durch wissenschaftliche Beiräte, Verbände und nicht zuletzt durch Anwaltskanzleien. Dies veranschaulichten Dr. Armin Jungbluth (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin) am Beispiel des Kartellrechts und der am Bundeswirtschaftsministerium angesiedelten Monopolkommission und Rechtsanwalt Stefan Gräf (Leiter der Stabsabteilung Politik, Kassenärztliche Bundesvereinigung, Berlin) exemplarisch für die Arbeit der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. Die Ausgangs des Referats von Rechtsanwalt Prof. Dr. Thomas Mayen (Dolde Mayen & Partner, Stuttgart/Bonn) formulierte Kernfrage, ob durch die Indienstnahme externen Sachverständigen, z.B. anwaltschaftliches Outsourcing bei Kapazitätsengpässen in Ministerien, eine echte Effektivitätssteigerung eintritt, so der Referent, oder ob durch die hierdurch eintretende Vermischung von Interessen das Gemeinwohl einer Gefährdung ausgesetzt wird, wurde von den Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmern kontrovers diskutiert und naturgemäß unterschiedlich beantwortet. Insbesondere ein ehemaliger Staatssekretär befand die unkritische Inanspruchnahme anwaltschaftlicher Hilfe bei der Gesetzesformulierung als

zumindest problematisch, wohingegen Mayen sich gegen den Vorwurf in der wissenschaftlichen Literatur wehrte, als Anwalt lediglich Teilwohlinteressen zu vertreten: Sobald Ministerien ein Mandat aussprechen, so seine Argumentation, verlange die gute anwaltschaftliche Praxis das ausschließliche Verfolgen der Ziele dieses Mandanten und diese seien beim Auftraggeber öffentliche Hand per definitionem gemeinwohlfördernd.

Ein eigener Programmpunkt galt der Rolle des Bürgers als Experte in Rechtsetzungsprozessen. Ausgehend von der durch Univ.-Prof. Dr. Jürgen Maier (Institut für Sozialwissenschaften, Universität Koblenz-Landau) formulierten Fragestellung, wie viel Sachverstand der Bürger bei derartigen Verfahren einzubringen vermag, wurden die Erfahrungen mit Bürgerbeteiligungen in der Schweiz von Dr. Albert E. Hofmeister (Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, Berlin) dargestellt und anhand einiger aktueller Fälle illustriert. Gleichwohl machte insbesondere der ländervergleichende Blick die begrenzte Übertragbarkeit dortiger Befunde deutlich: Für einen derartig weitreichenden Einsatz plebiszitärer Elemente sei die spezifische Konkordanzkultur des politischen Systems der Schweiz unverzichtbar, so der Schweizer Ministerialbeamte in seinen Ausführungen.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete der Vortrag von Dr. Kirsten Scholl (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin), der sich mit der wissenschaftsbasierten Rechtsetzung auf EU-Ebene und dem Versuch beschäftigte, durch dezentrale Steuerung für eine bessere Vernetzung beispielsweise zwischen kleinen und mittleren Unternehmen in der Union herzustellen.

F. K./A. S.

Widerstand

3. Speyerer Demokratietagung

Neueste Entwicklungen haben das uralte Thema „Widerstand“ gegen illegitime Macht wieder aktuell werden lassen. Beispiele sind die Aufstände gegen Diktatoren in Nordafrika und im Nahen Osten. Die 13. Speyerer Demokratietagung behandelte nicht nur den „Königsmord“, sondern auch demokratisch und rechtsstaatlich sublimierte Formen des Widerstands wie die Anrufung von Verwaltungs- und Verfassungsgerichten, direkte Demokratie oder Demonstrationen. Tagungsteilnehmern aus Verwaltung, Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft wurde ein Forum geboten, in dem sie interdisziplinär Gedanken und Erfahrungen austauschen und Lösungswege ergründen konnten. Prof. Dr. Christian Tomuschat, ehemaliges Mitglied des UN-Menschenrechtsausschusses und der UN-Völkerrechtskommission, setzte sich mit

der Frage auseinander, ob UN und NATO den innerstaatlichen Widerstand gegen Diktatoren unterstützen dürfen, Prof. Dr. Hans-Olaf Henkel, ehemaliger Präsident des BDI und der Leibnizgemeinschaft referierte über Probleme der Euro-Rettung, Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, verdeutlichte die immer noch besondere Bedeutung von Widerstand im heutigen Deutschland, Prof. Dr. Dr. h.c. Daniel Thürer, Universität Zürich, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, ging der Frage nach, ob direkte Demokratie eine Form des Widerstands sei, Dr. Gabriele Pauli, Mitglied des Bayerischen Landtags, berichtete über ihre eigenen Erfahrungen beim Widerstand gegen etablierte Machtstrukturen in der CSU, Dr. Thilo Sarrazin, Senator a.D., Vorstandsmitglied der

Deutschen Bundesbank a.D., hielt einen Vortrag zum Thema „Widerstand mit Wort und Feder: gegen politische Korrektheit“, Eberhard Cherdron, Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche der Pfalz i.R. stellte den Wandel des Widerstandsverständnisses in der Evangelischen Kirche vor und Dr. Nadja Braun Binder, ehemalige Leiterin des Rechtsdienstes der Schweizer Bundeskanzlei, stellte die Geschichte des Kampfes um die Emanzipation und gegen die Diskriminierung der Frau vor.

Die Vorträge wurden von den über 100 Teilnehmer lebhaft diskutiert. Eine wissenschaftliche Auswertung der Tagung erfolgt, wie auch in den letzten Jahren, im Zuge der Veröffentlichung des Tagungsbandes.

Bildungspolitik nach der Föderalismusreform

Am 17. und 18. November 2011 veranstaltete die Universität ein Forum zur „Bildungspolitik nach der Föderalismusreform“. Veranstaltungsort war die Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz in den Berliner Ministergärten.

Das Forum sollte Bildungsforschern verschiedener Fachrichtungen eine gemeinsame Plattform zum Austausch bieten. Die Veranstaltung stand im Zeichen der Kritik an den Veränderungen und der Frage, welches Maß der Zentralisierung bzw. Dezentralisierung das Richtige für die Bildungspolitik ist. Ausgehend von der Föderalismusreform I, die die Waage zwischen Bund und Ländern auch in diesem Zusammenhang neu

justiert hat, wurde im Kern danach gefragt, ob eine „Reform der Reform“ notwendig sei.

Nach einer kurzen Begrüßung durch Herrn Dr. Hans-Ulrich Bieler für die gastgebende Landesvertretung führte Frau Professorin Sabine Kropp für die Tagungsleitung in wenigen Worten in das Thema ein und stimmte die Teilnehmer auf die folgenden Referenten ein.

Das Eröffnungsreferat übernahm Professor Peter Michael Huber, Richter am Bundesverfassungsgericht. Er analysierte die verfassungsrechtlichen Grundlagen der deutschen Bildungspolitik und ging insbesondere auf die Veränderung dersel-

ben im Zuge der Föderalismusreform I ein, an welcher er als Sachverständiger beteiligt war. So konnten die Teilnehmer nicht nur die Rechtsmaterie selbst besser einschätzen, sondern auch nachvollziehen, warum manche Regelungen ihre heutige Gestalt angenommen haben.

Im zweiten Block unter dem Titel „Grenzen der Leistungsfähigkeit föderaler Bildungspolitik“ machte Professor Heinz-Elmar Tenorth (Humboldt-Universität zu Berlin) die Teilnehmer mit Benchmarking-Prozessen im Bildungssektor vertraut und betonte hierbei insbesondere die Geschichte und Bedeutung von Maßstabssetzung bei bildungspolitischen Fragen. Anschließend zeigte Frau Brigitte Göbbels-Dreyling, Stellv. Generalsekretärin der Hochschulrektorenkonferenz, aktuelle Entwicklungen der deutschen Hochschulpolitik auf.

Der dritte Block des Tages stand unter dem Motto „Bildungspolitische Koordinierung der Gliedstaaten“. Zu Beginn wurde dies aus einer deutschen Perspektive beleuchtet: Frau Sabine Schwanitz, vormalige Abteilungsleiterin für Hochschulen, Forschung und Kunst im Sekretariat der Kultusministerkonferenz, brachte ihre Erfahrungen aus der Kultusministerkonferenz den Teilnehmern und Teilnehmerinnen nahe. Ihrer Überzeugung nach, sei die bildungspolitische Koordinierung der Länder besser als ihr Ruf, doch müssten die Finanzierungsmöglichkeiten des Bundes sowie der Art. 91b GG besser genutzt werden. In der Folge stand der vergleichende Blick in das Ausland im Rahmen eines Vortrages von Herrn Heinz Ambühl, Generalsekretär der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), im Mittelpunkt. Er schilderte seine Erfahrungen bei der gliedstaatlichen Koordination in der Schweiz und der Novelle der Bildungsverfassung von 2006. Bei den Bildungsausgaben liegt die Hauptlast mit 88 Prozent klar bei den Kantonen.

Der letzte Block des Tages war dann einer Podiumsdiskussion gewidmet, die lediglich durch kurze Eingangsstatements eingeleitet wurden. Patrick Meinhardt (Bildungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion), Kultus- und Wissenschaftsministerin Sabine Kunst (Ministerium

für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Brandenburg) und Staatssekretär Michael Ebling (Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz) diskutierten zum Thema „Bund-Länder-Beziehungen nach der Föderalismusreform: Chancen, Fehlentwicklungen, Reformansätze“.

Am zweiten Veranstaltungstag stand der Vergleich von Bildungspolitik föderaler Staaten auf dem Tagungsprogramm. Nach einer primär methodischen und verwaltungswissenschaftlichen Einführung von Professor Marius R. Busemeyer (Universität Konstanz) folgte ein Vortrag von Friedrich Faulhammer, Generalsekretär im österreichischen Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, über die Lage des Bildungsföderalismus in der Republik Österreich. Während Busemeyer den Zusammenhang von schulischer Qualität und Zentralisierungsgrad des Politikfeldes beleuchtete, erläuterte Faulhammer einige Erfahrungen mit jüngeren Maßnahmen zur Förderung der Haushaltsautonomie österreichischer Hochschulen. Den Abschluss dieses Veranstaltungsblocks bildete der Vortrag von Professor Wolfram F. Richter (Technische Universität Dortmund), der sich kritisch mit den Grenzen der Finanzierbarkeit des Bildungsföderalismus auseinandersetzte. Unter anderem führt seiner Ansicht nach der Föderalismus bislang dazu, dass die Länder die Studienplatzkosten alleine tragen, der Bund aber dafür hälftig an den Bildungserträgen beteiligt ist.

Bei der Schlussdiskussion unter der Leitung von Marei John-Ohnesorg, Leiterin des Arbeitsbereichs Bildungs- und Hochschulpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, wurde dann die anfangs schon angesprochene Frage beleuchtet, ob die bisherige Bilanz nicht eine „Reform der Reform“ nahelegt. An Beispielen wie der Fortführung (und ihren potenziell negativen Auswirkungen) der Exzellenzinitiative für die Hochschulen, sowie gestiegener Autonomie bei der Besoldung von hochqualifiziertem Lehrpersonal wurde weiterer Steuerungsbedarf sichtbar. Die zusammenfassenden Schlussworte der Veranstaltung oblag Professor Joachim Wieland für die Tagungsleitung.

Funktionalreform: Neue Aufgabenverteilung in Ländern und Kommunen Speyerer Forum zur Kommunal- und Verwaltungsreform

In fast allen deutschen Bundesländern ist die Aufgabenzuordnung zwischen den Verwaltungsebenen, Behörden und Gebietskörperschaften unter Veränderungsdruck. Ziel des diesjährigen Speyerer Forums zur Kommunal- und Verwaltungsreform war es vor diesem Hintergrund, die neue Aufgabenverteilung in der Landes- und Kommunalverwaltung sowie aktuelle Anläufe zur Funktionalreform zu diskutieren. Es wurden praktische Erfahrungen mit der Aufgabenneuordnung aus Sicht verschiedener Bundesländer vorgestellt, verbunden mit der Frage, welches ein „angemessenes“ Aufgabenportfolio für die Kommunen sein könnte und welche neuen Gestaltungsperspektiven sich hieraus ableiten lassen. Damit zusammenhängend widmete sich die Tagung einem wesentlichen Kernproblem von Funktionalreformen, nämlich der Ressourcen(um)verteilung, womit Fragen der Finanzausstattung, Konnexität und des Personals angesprochen wurden. Ferner wurde die Zukunft der Mittelinstanzen und der (landes)staatlichen Sonderbehörden thematisiert. Zu diesen Themen referierten ausgewiesene Experten aus der Landes- und Kommunalverwaltung verschiedener Bundesländer, aus Spitzenverbänden und Wissenschaft.

Die zweitägige Veranstaltung war mit über 100 Teilnehmern sehr gut besucht. Es konnten fundierte Einblicke in die Funktional- und Verwaltungsstrukturereformen, die in allen Bundesländern gegenwärtig stattfinden, gewonnen werden. Eine hohe fachliche Varianz an Referenten stellte sicher, dass die gewonnenen Eindrücke und Einsichten vielschichtiger Natur waren und einen breiten Überblick über Chancen und Risiken von Funktionalreformen vermittelten. Die anregenden, kontroversen Diskussionsbeiträge der Tagungsteilnehmer lassen darauf schließen, dass die Thematik weiterhin wissenschaftliche und praktische Relevanz besitzen wird und zukünftige Bemühungen zur Vertiefung des Erkenntnisstandes zu begrüßen sind. Die einzelnen Vorträge können wie folgt zusammengefasst werden:

Nach einer kurzen Einleitung und Begrüßung von Prof. Dr. Sabine Kuhlmann (Speyer) war erster Hauptredner Prof. Dr. Jörg Bogumil (Ruhr-Universität Bochum). Er setzte sich aus verwaltungswissenschaftlicher Sicht mit der Frage auseinander,

unter welchen Bedingungen sich eine Aufgabekommunalisierung empfehlen könnte und wo sie eher unangebracht ist. Hierzu stellte er verschiedene Reformoptionen vor und beleuchtete deren Vor- und Nachteile. Sein Fazit lautete, dass Kommunalisierung, wenn sie angestrebt wird, in Form der „echten“ und nicht als „kupierte“ (unechte) Kommunalisierung erfolgen sollte. Ansonsten drohe die Gefahr, dass die Kommunen zu unteren staatlichen Verwaltungsbehörden „umfunktioniert“ werden, was zudem an rechtliche Grenzen stößt. Außerdem trat Prof. Dr. Bogumil dafür ein, dass eine Reorganisation der Verwaltungsstrukturen differenziert nach Aufgaben vorzunehmen sei und verwies auf wissenschaftliche Befunde aus einer internationalen Studie (Kuhlmann et al. 2011), wonach Performanzgewinne nach Kommunalisierungen vor allem in der Leistungsverwaltung (weniger in der technischen und regulierenden Verwaltung) auftreten.

Als zweiter Referent zog Prof. Eberhart Trumpp (Hauptgeschäftsführer des Landkreistages Baden-Württemberg) eine grundsätzlich positive Zwischenbilanz nach sieben Jahren Verwaltungsstrukturereform in Baden-Württemberg. Die Eingliederung der zahlreichen Sonderbehörden in Regierungspräsidien, Landrats- und Bürgermeisterämter sei erfolgreich verlaufen. Ebenfalls sei die politisch gewollte Effizienzrendite von 20% in Höhe von ca. 75 Mio. Euro (bezogen auf alle Stadt- und Landkreise) bei den Personal- und Sachkosten der bisherigen unteren Sonderbehörden erreicht worden. Lediglich die Rückausgliederung der Schulverwaltung ist laut Prof. Trumpp kritisch zu beurteilen.

Falk Ebinger (Ruhr-Universität Bochum) berichtete anschließend über Reformkonzepte und Erfahrungen aus dem Bereich des kommunalen Umweltschutzes. Anhand von drei empirischen Forschungsprojekten zeigte er Problemlagen von Kommunalisierungen im Umweltbereich auf, diskutierte deren Ursachen im Vergleich mit anderen Politikfeldern und erörterte die Vollzugsunterschiede im kommunalen Umweltschutz. Durch seine Beispiele (Umweltverwaltungen vs. Sozialverwaltungen) machte er deutlich, dass die unterschiedlichen Aufgabenbereiche sehr differenziert auf Kommunalisierungen reagieren. In seinem Fazit wies Herr Ebinger auf die Gefahr dysfunktionaler Lösungen durch Politisie-

zung, begrenzter Synergieeffekte und der Unterschreitung kritischer Größen hin, was oft zu einem unbemerkten ("kalten") Aufgabenabbau im Vollzug und heterogenem Verwaltungshandeln zwischen Körperschaften führt.

Das Abschlussreferat des ersten Blockes hielt Dr. Christoph Ewen (Team Ewen, Darmstadt) über das Thema „Neue Energieinfrastrukturen“. Er behandelte die Fragen, inwiefern Kommunen selbst als Eigner kommunaler Infrastrukturen auftreten können und sollen und wie man im Rahmen des kommunalen Prozessmanagements eine entsprechende Akzeptanz der kommunalen Energiekonzepte bei den Bürgern erreicht.

Am Ende des ersten Veranstaltungstages sprach Paul-Christian Koch (Landesbezirksfachbereichsleiter Bund-Länder, ver.di-Landesbezirk Rheinland-Pfalz) über die Probleme des Personalübergangs und der Mitbestimmung, die sich bei Aufgabenneuordnungen stellen. Konkret erörterte er die tarifvertraglichen Grundlagen hinsichtlich Versetzung, Abordnung, Zuweisung und Personalgestaltung. Seine eingangs formulierte Frage, ob das Personal bei Funktionalreformen der Aufgabe folge, bejahte er in seinem Fazit ausdrücklich. Zudem stellte er die Forderung auf, die Personalvertretungen bei solchen Entscheidungen frühzeitig mit einzubeziehen. Zu Beginn des zweiten Forumstages referierte Uwe Göhring (Leiter des Referats „Kommunale Finanzen, Kommunaler Entschuldungsfonds“, Ministerium des Inneren, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz) über das Konnexitätsprinzip im System der kommunalen Finanzausstattung. Er betonte dabei die in der Praxis häufig schwierige Umsetzung des Konnexitätsprinzips wegen zahlreicher Problemstellungen, wie Kostenfolgenabschätzung und der notorisch angespannten Situation der Länderhaushalte. Dennoch sei das Prinzip erfolgreich, denn es trage zum Schutz der Kommunalfinanzen wie auch zu einem geschärften Kostenbewusstsein bei der kommunalen Aufgabenerfüllung bei.

Als letzter Referent des zweiten Blockes stellte Dr. Johannes Slawig (Stadtdirektor / Geschäftsbereichsleiter „Zentrale Dienstleistungen“ der Stadt Wuppertal) in seinem Vortrag die Frage, ob Aufgabenübertragung und kommunale Finanzhoheit überhaupt noch miteinander vereinbar ist. Diese Frage verneinte er in seinem Schlussplädoyer eindeutig. Mit der aktuell verfügbaren Finanzausstattung seien zumindest die Großstädte in Nordrhein-Westfalen nicht in der Lage, die ihnen übertragenen Aufgaben zu finanzieren. Hauptgrund hierfür seien

die Belastungen des Solidarbeitrages aus dem Fonds Deutsche Einheit, aus dem kommunalen Finanzausgleich sowie Belastungen durch Ausführungsverpflichtungen von Bundes-, Landes- und EU-Gesetzen.

Den dritten Block über die Zukunft der landesstaatlichen und regionalen Verwaltung eröffnete Prof. Dr. Axel Priebs (1. Regionsrat, Region Hannover) mit einem Vortrag zur Vielfalt oder Bündelung der regionalen Verwaltungsebene. Dabei illustrierte er an zahlreichen Beispielen mögliche Ausgestaltungsformen und ging besonders auf die Stadt- und Metropolregionen ein. Ebenso erläuterte er Nutzen und Konsequenzen von Verwaltungsstrukturereformen in den verschiedenen Bundesländern. Abschließend stellte Prof. Dr. Priebs fest, dass ein Gesamtdesign für die staatliche und kommunale Verwaltung auf regionaler Ebene erforderlich sei. Hierzu zeichnete er verschiedene Zukunftsszenarien zur Gestaltung der Regionen. Diese reichten von der „traditionellen“ Dreigliedrigkeit wie in Baden-Württemberg, über eine zweistufige Lösung mit Kreisen als Regionen nach dem Vorbild Mecklenburg-Vorpommerns bis hin zu Kooperationsmodellen mit optimierten Verwaltungsräumen.

Nächster Referent war Bernd Häusler (Leiter der Abteilung „Kommunalangelegenheiten, Vermessungswesen“, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport) mit einem Vortrag über die Relevanz von Mittelbehörden in den Flächenländern. Anhand der Historie des Verwaltungsmodernisierungskonzeptes in Niedersachsen erläuterte Herr Häusler an zahlreichen Beispielen den Übergang von einem dreistufigen zu einem zweistufigen Verwaltungsaufbau. Die Modernisierungsbemühungen seien vor allem hinsichtlich des Umbaus der Fachverwaltungen und den Konsolidierungszielen erfolgreich gewesen. In Niedersachsen könne man auf die Mittelbehörden verzichten, denn sie seien für die tägliche Verwaltungspraxis nicht erforderlich. Jedes Land, so sein Fazit, müsse sich die Frage stellen, ob es sich die Bündelungsbehörden noch leisten kann.

Den letzten Vortrag hielt Ralf Holzschuher (Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg). Am Beispiel Brandenburgs gab er einen Ausblick über zukünftige Herausforderungen von Verwaltungsreformen und stellte fest: nach der Reform ist vor der Reform. Ausgehend von der Tatsache, dass vor allem die neuen Bundesländer vor der demografischen Herausforderung zurückgehender Bevölkerungszahlen stehen, seien weitgehende Reform-

maßnahmen, besonders auf Kreisebene, notwendig. Vorherige Reformen hätten hier zu kurz gegriffen. Deshalb sei es nötig, neue unkonventionelle Denkansätze zu entwickeln und vorurteilsfrei beispielsweise über die Notwendigkeit von Landkreisen nachzudenken.

Ziel jeder Reform müsse es aber sein, die Qualität der Aufgabenerledigung zu verbessern, das Kostenbewusstsein zu schärfen und Bürgernähe durch hohe Transparenz der Reformschritte zu gewährleisten.

Am Ende des Speyerer Forums zur Kommunal- und Verwaltungsreform bedankte sich Prof. Dr. Jan Ziekow bei Referenten und Teilnehmern und schloss die Tagung mit einem kurzen Schlusswort und dem Ausblick, auch 2013 an der Universität wieder ein Speyerer Forum zur Kommunal- und Verwaltungsreform zu veranstalten. Angesichts der regen Diskussionen während des diesjährigen Forums könnte dabei ein möglicher thematischer Schwerpunkt auf der (Zukunft der) Landkreisebene und ihrer Stellung im administrativen Mehrebenensystem liegen.

Zwischen Stromausfall und Super-GAU: Chancen und Risiken der Energieversorgung ohne Kernenergie

4. Speyerer Energieforum

Vom 22.-23. März 2012 fand im Bundesrat in Berlin das 4. Speyerer Energieforum zum Thema „Zwischen Stromausfall und Super-GAU: Chancen und Risiken der Energieversorgung ohne Kernenergie“ statt.

Namhafte Experten aus der öffentlichen Verwaltung und Energiewirtschaft diskutierten unterschiedliche Sichtweisen zu Kernenergieausstieg und Energiewende in Form von Rede und Gegenrede.



Auf großes Interesse stieß das 4. Speyerer Energieforum

Foto: Archiv

Die wissenschaftliche Leitung lag bei Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne, der mit der Tagung eine erste Bilanz der Energiewende ziehen wollte.

Ziel der Veranstaltung war es, einen kritischen Überblick über die vielschichtigen Probleme des Kernenergieausstiegs zu geben sowie Anstöße für eine differenzierte Sichtweise zu liefern, die in der plakativen öffentlichen Auseinandersetzung zu diesem Thema häufig fehlt.

Zu den Referenten gehörten u. a. der Präsident des Bundeskartellamts, Andreas Mundt, die Präsidentin des Bundesamts für Naturschutz, Beate Jessel, der Präsident des Bundesamts für Strahlenschutz, Wolfram König, sowie der Vorsitzende der Reaktorsicherheitskommission, Rudolf Wieland.

Im Zentrum der Diskussionen standen auch Themen, die derzeit nur nachrangig in der öffentlichen Diskussion behandelt werden, wie Sicherheitsrisiken für Deutschland durch ausländische Kernenergieanlagen, Probleme der Ordnungspolitik im Bereich der Erneuerbaren Energien, Auswirkungen des Kernenergieausstiegs auf die Stadtwerke sowie Probleme des Stromnetzausbaus und der nuklearen Entsorgung.

Die Tagung stieß auf großes Interesse und wurde von 70 Teilnehmern aus öffentlicher Verwaltung, Energiewirtschaft und interessierter Öffentlichkeit besucht.

Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa

Im Rahmen des von der Fritz Thyssen Stiftung nachhaltig geförderten und unter dem schützenden Dach des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung angesiedelten Publikationsprojekts „Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa“, herausgegeben von Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten und Univ.-Prof. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts a.D., ist Band IV (Grundrechte in Deutschland - Einzelgrundrechte) im Verlag C.F. Müller, Heidelberg, erschienen. Der Band behandelt „Europäische Grund- und Menschenrechte“ und widmet sich in 24 Einzelbeiträgen - zusammen mit dem ebenfalls im Erscheinen begriffenen Band V (der die wirtschaftlichen, politischen und verfahrensbezogenen Grundrechte enthält) - einem Kernauftrag des Werkes: einer eingehenden Darstellung der verfassungsrechtlich verbürgten Einzelgrundrechte in Deutschland, hier in Band IV unter dem Titel „Individuum und Familie“ nach Gruppen angeordnet.

Behandelt werden die Freiheiten des Einzelnen (Würde des Menschen, Freiheit der Person, Bewegungsfreiheit, informationelle Selbstbestimmung, Schutz der Wohnung, Schutz des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses); die kulturellen Freiheiten (Religionsfreiheit, Gewissensfreiheit, Kunstfreiheit); die Kommunikationsgrundrechte (Meinungs- und Informationsfreiheit, Rundfunkfreiheit, Versammlungsfreiheit), sowie schließlich der Schutz von Ehe und Familie, das elterliche Erziehungsrecht und die schulischen Grundrechte.

Autoren sind neben den beiden Herausgebern die Professoren Martin Burgi (Bochum), Dieter

Dörr (Mainz), Christoph Enders (Leipzig), Udo Fink (Mainz), Max-Emanuel Geis (Erlangen), Christoph Gusy (Bielefeld), Matthias Herdegen (Bonn), Wolfgang Hoffmann-Riem (Hamburg), Friedhelm Hufen (Mainz), Matthias Jestaedt (Freiburg), Stefan Koriath (München), Wolfgang Loschelder (Potsdam), Wolfgang Löwer (Bonn), Stefan Muckel (Köln), Walter Rudolf (Mainz), Udo Steiner (Regensburg), Rupert Stettner (München), Hans-Heinrich Trute (Hamburg), Jan Ziekow (Speyer). Eine konsequente Gliederungsstruktur, beitragszugehörige Bibliographien, ausführliche Personen- und Stichwortregister erschließen den Band angemessen.

Insgesamt ergibt sich unter Einbezug der im Verlag C.F. Müller bisher erschienenen Bände folgender Gesamtstatus des Handbuchs: Band I: Entwicklung und Grundlagen (2004); Band II: Grundrechte in Deutschland - Allgemeine Lehren I (2006); Band III: Grundrechte in Deutschland - Allgemeine Lehren II (2009); Band IV: Grundrechte in Deutschland - Einzelgrundrechte I (2011); Band V: Grundrechte in Deutschland - Einzelgrundrechte II (in Vorbereitung für Sommer 2012); Band VI/1: Europäische Grund- und Menschenrechte (2010); Band VI/2: Europäische Grundrechte II: Universelle Menschenrechte (2009); Band VII/1: Grundrechte in Österreich (2009); Band VII/2: Grundrechte in der Schweiz und in Liechtenstein (2007); Band VIII: Grundrechte in West-, Nord- und Südeuropa (in Vorbereitung für 2013); Band IX: Grundrechte in Ostmitteleuropa und Osteuropa (in Vorbereitung für 2012). Ein weiterer Band wird die Grundrechtsentwicklung in den deutschen Landesverfassungen aufarbeiten. An einem Gesamtregister wird kontinuierlich gearbeitet.

16. Energiekonferenz

Auf Einladung der überörtlichen Rechtsanwaltskanzlei Becker Püttner Held nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas an der 16. Energiekonferenz zum Thema „Die Energiewende in Deutschland - Bewertung und politische Umsetzung“ teil. Im Anschluss an die Vorträge und Diskussion gab der informelle Gedankenaustausch Gelegenheit, die gegenwärtigen Beiträge der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer zu der Energiewende-Debatte zu verdeutlichen.

Berufung ins Schiedsamt

Für eine dritte Amtsperiode (2011/2015) ist Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas zum stellvertretenden Mitglied der Schiedsstelle nach § 78 g SGB VIII (Kinder- und Jugendhilferecht) berufen worden. Er vertritt den Vorsitzenden in Schiedsstellenverfahren.

Haushaltskommission der Stadt Koblenz

Seit Juli 2011 ist Prof. Dr. Gunnar Schwarting Mitglied der Haushaltskommission der Stadt Koblenz.

Mitherausgeberschaft übernommen

Auf Einladung des Korea Law Research Institute (KLRI) hat Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas seine Bereitschaft erklärt, als ständiges Mitglied dem „Board of Editors“ des KLRI Journal of Law and Legislation beizutreten. Der erste Jahresband der Zeitschrift ist inzwischen erschienen. Prof. Pitschas hat darin einen umfangreichen eigenen Beitrag unter dem Titel „The European Union and its Lisbon-Strategy: Current Transformations of the Modern European

State and Dynamics of Change in Public Law" publiziert.

Vortrag in Singapur

Das zusammen mit Prof. Dr. André W. Heinemann (Universität Bremen), Dipl.-Pol. Jörg Bellmann (Universität Bayreuth) und Dr. Rahel Schomaker verfasste Papier zu dem Thema „International Trade Rules and Aircraft Manufacturing: An Economic analysis of the Airbus-Boeing Dispute" wurde von Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr am 4. August 2011 in Singapur im Rahmen der Singapore Economic Review Conference (SERC 2011) vorgetragen.

Bürokratieabbau

Am 30. August 2011 hat Prof. Dr. Gunnar Schwarting an einem Fachgespräch zum Bürokratieabbau im Rahmen der GIZ-Fachtage teilgenommen.

Vortrag in Moskau (Russland)

Auf dem diesjährigen International Road Congress - Innovation in Road Infrastructure - stellte Dipl.-Vw. Melanie Nofz den von ihr, Prof. Dr. Alexander Eisenkopf (Zeppelin University Friedrichshafen), Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr und Dr. Rahel Schomaker (FÖV) verfassten Titel „The German Public-Private Partnership F-Model: Why it Failed and What Could be Improved" vor.

Vortrag in Durban (Südafrika)

Am 12. September 2011 referierte Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr auf der Thredbo 12 Conference - International Conference Series on Competition and Ownership in Land Transport - in Durban (Südafrika) über das Thema „The Case for Intercity Bus Deregulation in Germany". Mitautoren des Papiers waren Prof. Dr. Andreas Lueg-Arndt (Cologne Business School),

Prof. Dr. Alexander Eisenkopf (Zeppelin University Friedrichshafen) und Christian Burgdorf (Zeppelin University Friedrichshafen).

Kommunaler Entschuldungsfonds

Zum „Kommunalen Entschuldungsfonds" referierte Prof. Dr. Gunnar Schwarting am 26. September 2011 im Rahmen einer Veranstaltung der Gewerkschaft ver.di und am 13. Dezember 2011 im Rahmen des Seminars „Kommunale Finanzen" von Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber an der Universität Speyer.

Kommunalfinanzen nach der Krise

Einen Vortrag zur „Finanzausstattung der Kommunen und Perspektiven der Gemeindefinanzreform" hielt Prof. Dr. Gunnar Schwarting im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung "Kommunalfinanzen nach der Krise" an der Universität Speyer am 5./6. Oktober 2011.

Kommunaler Finanzausgleich

Am 5. Oktober 2011 referierte Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber bei der Veranstaltung der VR-Bank Westmünsterland eG für Kommunen in Velen zum Thema „Der kommunale Finanzausgleich in Nordrhein-Westfalen - überlastete Dauerbaustelle oder Neustart?".

71. Jahrestagung der Deutschen Staatsrechtslehrer

Vom 5. bis 8. Oktober 2011 nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas an der 71. Jahrestagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer in Münster teil. Dabei ging es um das Thema der „Grundsatzfragen der Rechtsetzung und Rechtsfindung". Daneben beteiligte sich Prof. Pitschas an dem Gesprächskreis „Grundla-

gen des Öffentlichen Rechts".

Staat und Gesetz bei Heinrich von Kleist

„Staat und Gesetz bei Heinrich v. Kleist" lautete der Titel eines Vortrags, den em. o. Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten im Rahmen einer Expertentagung der Heinrich von Kleist-Gesellschaft in Wildbad Kreuth unter dem Generalthema „Zum 200. Todestag: Heinrich von Kleist, der juristische Dichter" am 6. Oktober 2011 gehalten hat. Aus dem Vortrag ist der Beitrag „Staat und Gesetz bei ‚Michael Kohlhaas' und ‚Prinz Friedrich von Homburg'" hervorgegangen, den Professor Merten in den Politischen Studien Nr. 440 (Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, 62. Jahrgang, November/Dezember 2011, S. 70-80) veröffentlicht hat. Kennzeichnend für die Aktualität des Themas und für die Hellsichtigkeit der rechtsstaatlichen Denken weit jenseits überkommenen absolutistischen Herrschaftsverständnisses zuneigenden jüngeren preußischen Elite, als deren Sprecher auch v. Kleist gelten darf, mag hier nur die folgende Passage des Vortrags sein: „Trotz - möglicherweise auch wegen - der Niederlage Preußens ist Kleists Verhältnis zur Institution Staat ungebrochen. Hatte das Allgemeine Landrecht die Pflicht des Staates betont, „für die Sicherheit seiner Unterthanen, in Ansehung ihrer Personen, ihrer Ehre, ihrer Rechte und ihres Vermögens zu sorgen", so lässt Kleist Michael Kohlhaas (im Gespräch mit Luther) poetischer, aber auch dramatischer formulieren: ‚Verstoßen ... nenne ich den, dem der Schutz der Gesetze versagt ist! Denn dieses Schutzes, zum Gedeihen meines friedlichen Gewerbes, bedarf ich; ja, er ist es, dessenhalb ich mich, mit dem Kreise dessen, was ich erworben, in diese Gemeinschaft flüchte'. In der distanzierteren

Sprache des Bundesverfassungsgerichts stellt sich ‚die Sicherheit des Staates als verfasster Friedens- und Ordnungsmacht und die von ihm zu gewährleistende Sicherheit seiner Bevölkerung‘ als Verfassungswert dar, von dem die ‚Institution Staat‘ ihre ‚eigentliche und letzte Rechtfertigung herleitet‘ (BVerfGE 49, 24 [56 f.]”).

Finanzausgleich

Einen Vortrag zum Thema „Finanzausgleich als Wirtschaftsfaktor“ hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 12. Oktober 2011 bei der Chinese Academy of Governance CAG in Peking / China.

Vortrag in Peking

Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber referierte am 14. Oktober 2011 an der Führungsakademie der Kommunistischen Partei Chinas in Peking / China zum Thema „Staats- und Verwaltungsreformen in Deutschland seit dem Jahr 2000“.

Workshop in Peking / China

Beim Workshop der NPFPC und der GIZ in Peking / China hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 19. Oktober 2011 einen Vortrag zum Thema „Policy options regarding outmigration from rural areas: Can politics stop it and should it want to?“

Vortrag in Shanghai / China

Einen Vortrag zum Thema „The importance of Public Sector Employment for the Development of the National and the Regional Service Sector in Germany“ hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 22. Oktober 2011 bei der International Conference „The Contemporary Metropolis: Innovation, Transition and Development of Service Economy“ des Shanghai Administration Institute SAI in Shanghai / China.

Öffentliche Finanzen des Landes Brandenburg

Im Rahmen der Beratungen der Enquête-Kommission „Kommunal- und Landesverwaltung bürgernah, effektiv und zukunftsfest Brandenburg 2020“ des Landtags Brandenburg referierte Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 28. Oktober 2011 zum Thema „Die öffentlichen Finanzen des Landes Brandenburg und seiner Kommunen im Vergleich“.

Vortrag in Arlington (USA)

Einen Vortrag zum Thema „The Evolution of Quality Assurance in Europe under the ‚Bologna Process‘“ hielt Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr am 30. Oktober 2011 auf dem Transatlantic Policy Consortium Annual Colloquium „Public Administration, Management, and Policy Programs in the EU and US: How Do They Fit Into Society and the Academy?“ in Arlington (USA).

Studie „Zukunftsreport“

Am 8. November 2011 nahm Prof. Dr. Gunnar Schwarting an einer Podiumsdiskussion zur Studie „Zukunftsreport“ der Prognos AG auf der Messe Moderner Staat teil.

Wettbewerbliche Steuerungsinstrumente

Am 10. November 2011 nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. R. Pitschas auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Kassenarztrecht e. V. als Vorstandsmitglied an dem von dieser durchgeführten Symposium „Wettbewerbliche Steuerungsinstrumente im Gesundheitswesen“ teil. Die Veranstaltung setzte sich mit den Möglichkeiten der Politik auseinander, durch mehr Wettbewerb um Qualität zu einer Verbesserung der Gesundheitsversorgung in Deutschland beizutragen. Diskutiert wurden die rechtlichen Vorgaben, die dabei zu beachten

sind sowie die geeigneten und erforderlichen Steuerungsinstrumente. Prof. Pitschas beteiligte sich an dem Symposium mit eigenen Diskussionsbeiträgen.

Gutachtertätigkeit

Im WS 2011/2012 hat Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas zu einer Reihe von Gutachten-Anfragen der Alexander von Humboldt-Stiftung entsprechende Fachgutachten erstattet. Hervorzuheben sind Bewerbungen aus der Volksrepublik China um Forschungsstipendien für Postdoktoranden einerseits, andererseits eine fachgutachtliche Stellungnahme zu Vorschlägen für die Vergabe des Anneliese Meier-Forschungspreises an nominierte Bewerber.

Wissen und Expertise in Politik und Verwaltung

Vom 10.-11. November 2011 fand unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Sabine Kropp und Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann die Tagung der Sektion „Policy-Analyse und Verwaltungswissenschaft“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft zum Thema: „Wissen und Expertise in Politik und Verwaltung“ am FÖV Speyer statt. Aus dieser Tagung, an der mehr als 50 Wissenschaftler/-innen teilnahmen, geht das erste doppelt blind begutachtete Sonderheft der Zeitschrift „dms - der moderne staat“ hervor, das ebenfalls von Prof. Dr. Sabine Kropp und Kuhlmann herausgegeben wird. Zusammen mit Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland leitete Univ.-Prof. Dr. Sabine Kropp von 17.-18. November 2011 zudem das Forum „Bildungspolitik nach der Föderalismusreform - Bilanz und Perspektiven“, das in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Berlin stattfand. Zuvor organisierte sie zusammen mit Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann das 3.

Speyerer Forum Gesetzgebung zum Thema „Sachverständige Rechtsetzung“, das wie im vergangenen Jahr im Bundesrat in Berlin angeboten wurde. Im September 2011 begleitete Univ.-Prof. Kropp als Mitglied der Delegation der Bundesratspräsidentin diese auf ihrer Reise durch Kanada und übernahm dort einen Vortrag zum Thema „Federalism and Civic Engagement“.

Demografiepolitik von Kommunen

Im Rahmen des Studium Generale referierte Prof. Dr. Gunnar Schwarting am 16. November 2011 an der Universität Mannheim zur Demografiepolitik von Kommunen.

13. Hochschullehrertagung

Am 17./18. November 2011 nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas an der 13. Hochschullehrertagung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung in Köln teil. Neben der Diskussion zur standespolitischen Bewertung des Versorgungsstrukturgesetzes und zu einer Neufassung der Gebührenordnung für Zahnärzte setzten sich die anwesenden Hochschullehrer mit der aktuellen Gesetzgebung im Übrigen, dem Vertragsgeschehen und der Rechtsprechung der Sozialgerichtsbarkeit im Bereich der vertragszahnärztlichen Versorgung in den zurückliegenden zwölf Monaten auseinander.

Vortrag in Kaiserslautern

Einen Vortrag zu „Neuen Wegen in der Verwaltungsorganisation“ hielt Prof. Dr. Gunnar Schwarting am 25. November 2011 an der Universität Kaiserslautern.

Public Corporate Governance Codex

Im Rahmen eines europäischen Projekts zur Umsetzung eines

„Public Corporate Governance Codex“ hielt sich Prof. Dr. Gunnar Schwarting vom 31. Oktober bis 4. November 2011 im Finanzministerium des Königreichs Marokko auf.

Kommunales Risikomanagement

Im Rahmen eines KGSt-Infotages hielt Prof. Dr. Gunnar Schwarting am 4. Dezember 2011 einen Vortrag zum Kommunalen Risikomanagement.

Sicherheitswirtschaft und Unternehmenssicherheit

Durch den Beschluss der Akkreditierungskommission des Akkreditierungs-, Zertifizierungs- und Qualitätssicherungs-Instituts (AC-QUIN) vom 6. Dezember 2011 ist der Masterstudiengang „Sicherheitswirtschaft und Unternehmenssicherheit“ (M.A.) an der Deutschen Universität für Weiterbildung Berlin akkreditiert worden. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas hat an dem Akkreditierungsverfahren als ordentlicher Gutachter teilgenommen.

60 Jahre BKA

Auf persönliche Einladung des Bundeskriminalamtes (BKA) nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas an der BKA-Herbsttagung in Wiesbaden vom 6. bis 7. Dezember 2011 teil. Die Tagung stand unter dem Thema „60 Jahre BKA: Im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit. Prof. Pitschas beteiligte sich an der Herbsttagung mit eigenen Diskussionsbeiträgen. In zahlreichen Gesprächen mit Vertretern des Sicherheitssektors unterstrich er die Position der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer im Zusammenhang verfassungsrechtlicher Entwicklungslinien und Diskurse über das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit; er wies ferner auf die Bedeutung der föderativen Sicherheits-

struktur aus Ländersicht in einem zusammenwachsenden Europa hin.

Vortrag in Hannover

Einen Vortrag zum Thema „Was heißt eigentlich nachhaltige kommunale Finanzpolitik?“ hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 9. Dezember 2011 beim Kongress „Rio+20 Nachhaltig vor Ort & Fünfter Netzwerk21Kongress“ in Hannover.

Vortrag in Paris

Frau Dr. Rahel Schomaker stellte am 15. Dezember 2011 im Forschungsseminar „Economic Analysis of Public Law and Policies“ des Chaire MADP an der SciencePo in Paris eine aktuelle Forschungsarbeit zum Thema „Corruption in PPPs“ vor.

Russische Gastforscherin

Vom 1. bis 28. Januar 2012 hielt sich Frau Elena Mikhlat von der Fernöstlichen Akademie für Staats- und Munizipalbeamte in Khabarovsk (Russland), die seit 2009 über ein Kooperationsabkommen mit der Universität Speyer verbunden ist, zu einem Forschungsaufenthalt an der Universität Speyer auf. Angesichts der auch in Russland anstehenden Umstellung der verwaltungswissenschaftlichen Aus- und Weiterbildungsprogramme auf Bologna-Standards einschließlich des Aufbaus eines landesweiten Akkreditierungswesens informierte sich die Gastforscherin über aktuelle Entwicklungen und Implementierungsprobleme des Bologna-Prozesses in Deutschland. Darüber hinaus diente ihr Besuch der Vorbereitung eines für April 2012 geplanten gemeinsamen Workshops der Universität Speyer, der Fernöstlichen Akademie Khabarovsk sowie der Universität Tyumen zum Generalthema „Antikorruptionspo-

litik im deutsch-russischen Vergleich". Dieses binationale Forschungsvorhaben unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr wird vom DAAD im Rahmen seines Ostpartnerschaften-Programms seit 2011 gefördert. Der erste gemeinsame Workshop fand im September 2011 an der Universität Speyer statt (s. Bericht im Speyer Journal 19).

Vorträge auf der ASSA 2012

Auf der Jahrestagung der weltweit größten Konferenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der „Allied Social Sciences Association“, die vom 6. bis 9. Januar 2012 in Chicago stattfand, stellten Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr und Frau Dr. Rahel Schomaker aktuelle Forschungspapiere zu den Themen „Terrorism and Migration“ und „Arab Spring“ vor.

Kommunen brauchen Zukunft

Am 14. Januar 2012 referierte Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber beim Kommunaltag der Grün-bürgerbewegten Kommunalpolitik Brandenburg in Potsdam zum Thema „Kommunen brauchen Zukunft – Eine Vision für leistungsfähige Kommunen in Brandenburg im 21. Jahrhundert“.

Anhörung im Landtag

Am 19. Januar 2012 nahm Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber an einer Anhörung vor dem Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags NRW zum Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes NRW für das Haushaltsjahr 2012 in Düsseldorf teil.

Enquetekommission Kommunalfinanzen

Einen Vortrag zum Thema „Das Konnexitätsprinzip im System kommunaler Finanzausstattung“ hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber

am 1. Februar 2012 im Rahmen der Arbeit der Enquetekommission „Kommunalfinanzen“ des Landtags Rheinland-Pfalz in Mainz.

Vortrag in Berlin

Bei der Konferenz „Partnerschaftliche Familie als öffentliches Gut – eine Utopie?“ an der Humboldt-Viadrina School of Governance in Berlin hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 17. Februar 2012 einen Kurzvortrag im Panel „Ermöglicht unser Recht partnerschaftliche Rollen in Familien? – Ein deutsch-norwegischer Ländervergleich“.

VIII. Hochschulsymposium in Berlin

Auf Einladung der Hanns Martin Schleyer-Stiftung sowie der Heinz Nixdorf Stiftung nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas an dem VIII. Hochschulsymposium in Berlin am 1./2. März 2012 über „Strategische Partnerschaften in der deutschen Wissenslandschaft: Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen“ teil. Die Veranstaltung wurde gemeinsam mit der Helmholtz-Gesellschaft und der Ludwig Maximilians-Universität München an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften durchgeführt. Prof. Pitschas beteiligte sich nach den Einzelvorträgen an einem Workshop zu konkreten Kooperationsformen zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, bei dem u. a. die Rolle der Helmholtz-Gesellschaft und die Kooperationsanstrengungen der RWTH Aachen vorgestellt wurden.

7. Kolloquium der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung

Vom 5. bis 6. März 2012 fand in Berlin das 7. Kolloquium der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) zu aktuellen

Fragen des Rechts der Gesetzlichen Unfallversicherung statt. Auf Einladung der DGUV hat Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas an dem Kolloquium teilgenommen. Behandelt wurden Spezialthemen der Deutschen Unfallversicherung u. a. auf dem Sektor der Organtransplantation sowie des Wettbewerbs zwischen privater und gesetzlicher Unfallversicherung. Ebenso wurde das Verhältnis der Deutschen Unfallversicherung zum Europäischen Verwaltungsraum diskutiert.

Vortrag in Potsdam

Am 7. März 2012 referierte Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber zum Thema „Die öffentlichen Finanzen des Landes Brandenburg und seiner Kommunen im Ländervergleich“ bei der Klausurtagung der SPD-Fraktion des Landtags Brandenburg in Potsdam.

Vortrag in Hangzhou / China

Einen Vortrag zum Thema „Kommunaler Finanzausgleich in Deutschland zwischen Gestaltungsvielfalt und ‚kollektiven‘ Problemen“ hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 21. März 2012 bei einem Workshop der Chinese Academy of Governance und der Universität in Hangzhou (China).

7. Speyerer Führungswerkstatt

Am 21. März 2012 referierte Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Pitschas in der 7. Speyerer Führungswerkstatt zum Thema „Öffentliche Verwaltung und Mediation. Bewältigung von Binnenkonflikten und Konflikt-schlichtung bei zivilgesellschaftlicher Partizipation“.

Öffentliche Verwaltung und Mediation

Auf Einladung von Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas nahm Herr Prof. Dr. Shinsuke Matsuzuka

von der Kyoto Women's University/Law Faculty, Kyoto/Japan an der 7. Speyerer Führungswerkstatt über „Öffentliche Verwaltung und Mediation“ mit einem eigenen Referat teil. Er sprach über das Thema „Ein Blick über den Tellerrand: Mediation in der Verwaltung und zwischen Bürger und Staat in Japan“. Aufenthalt und Vortrag von Herrn Kollegen Matsuzuka vertieften ein weiteres Mal die auch im Verwaltungsrecht und in der Verwaltungswissenschaft bestehenden Beziehungen zwischen japanischen Universitäten und der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer. An dieser hat übrigens Herr Matsuzuka nach Abschluss des einjährigen Magisterstudiums den Titel eines Mag. rer. publ. erworben.

Rentenversicherung für DDR-Flüchtlinge im Lichte des Grundgesetzes

„Die Einbeziehung der DDR-Flüchtlinge in die Rentenversicherung im Lichte des Grundgesetzes“ war Thema eines Vortrags, den em. o. Univ.-Professor Dr. Dr. Detlef Merten, Speyer, in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin, am 22. März 2012 gehalten hat; er ging der Frage nach, wie die DDR-Flüchtlinge in das Regelungssystem des Rentenüberleitungsgesetzes gelangen konnten. Gemeint ist jener als „Flüchtlinge“, aber auch „Aussiedler“ oder „Altausiedler“ bezeichnete Personenkreis, der vor der Wiedervereinigung aus der DDR in das frühere Bundesgebiet übersiedelt ist. Das „Gesetz zur Herstellung der Rechtseinheit in der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung“ (Renten-Überleitungsgesetz) vom 25. Juli 1991 hatte eine Rechtsangleichung in den genannten Bereichen zwischen dem früheren Bundesgebiet und dem Beitrittsgebiet herbeiführen und – wie in Art. 30 Abs. 5

des Einigungsvertrags vereinbart – das Sechste Buch Sozialgesetzbuch (Rentenversicherung) und das Dritte Buch der Reichsversicherungsordnung (Unfallversicherung) auf das Beitrittsgebiet überleiten sollen. Darüber hinaus sollte parallel zur „Angleichung der Löhne und Gehälter“ im Beitrittsgebiet auch eine Angleichung der Renten verwirklicht werden. Hier setzt die Frage des Vortrags an, „auf welche Weise DDR-Flüchtlinge, die teilweise schon längere Zeit vor der Wiedervereinigung in das alte Bundesgebiet gelangt waren, von einer Überleitung westdeutschen Sozialversicherungsrechts auf das Beitrittsgebiet betroffen sein können“. Im Ergebnis werde man – so Merten in seinem Vortrag – konstatieren müssen: „Hatte schon das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zum Fremdrentenrecht von 2006 es als verfassungswidrig angesehen, dass Berechtigte, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vor dem 1. Januar 1991 genommen haben, ohne hinreichende Übergangsregelungen von Änderungen des Fremdrentenrechts betroffen werden, so muss der rechtsstaatliche Vertrauensschutz erst recht greifen, wenn man Teile der Rentenanwartschaften der DDR-Flüchtlinge, die auf dem Fremdrentengesetz beruhen, als auf Eigenleistungen beruhend, dem verstärkten Schutz des Art. 14 Abs. 1 GG unterstellt“.

Risikoorientierter Hochwasserschutz

Am 27. März 2012 führte Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas die Deutsch-Japanische Arbeitstagung 2012 am Deutschen Forschungsinstitut für öffentlichen Verwaltung Speyer zum Thema „Risikoorientierter Hochwasserschutz und Schutz gegen Überschwemmungen in Deutschland

und Japan aus vergleichender Sicht“ gemeinsam mit Frau Professorin Dr. A. Guckelberger von der Universität des Saarlandes (Saarbrücken) und gemeinsam mit japanischen Rechts- und Sozialwissenschaftlern durch. Herr Prof. Pitschas referierte dabei zum Thema „Strategien für risikoorientierten Hochwasserschutz in Japan und in Deutschland – zur Rolle des Hochrisikomanagements“. Die Veranstaltung ging auf eine japanische Regierungsinitiative zurück, die in einem japanischen Forschungsprojekt zur Bedeutung des Hochwasserschutzes für das Kaiserreich Japan zum Ausdruck kommt. Auf der japanischen Seite wurde ein „Systementwurf zur Risikoversicherung und Notfallbewältigung sowie Überlebenssicherung bei Hochwasser und Überschwemmungen in Japan“ vorgestellt. Die beteiligten japanischen Wissenschaftler, unter ihnen Prof. Dr. Tomoharu Hori gehören zur Universität Kyoto.

Demokratisierung des Sicherheitssektors im Maghreb

Die Universität Settat/Marokko hat in Zusammenarbeit mit der Hanns Seidel Stiftung Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas zu einer sicherheitspolitischen und rechtlichen Tagung unter dem Thema „Demokratisierung des Sicherheitssektors im Maghreb“ eingeladen. Teilnehmer daran sind arabische und westliche Diplomaten sowie Wissenschaftler, die sich über die Voraussetzungen und Gestaltungsmöglichkeiten einer rechts- und demokratiestaatlichen Organisation der Sicherheitsdienste in den arabischen Ländern äußern sollen. Prof. Pitschas behandelt das Thema „Das deutsche Polizeirecht und die Anforderungen der Sicherheits-Governance in Deutschland und Europa“.

Qualitätsentwicklung der öffentlichen Verwaltung Indonesiens

Vor dem Hintergrund der nun schon viele Jahre andauernden Zusammenarbeit von Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas mit der indonesischen Verwaltung in Fragen der Modernisierung und insbesondere der Personalentwick-

lung im Zusammenhang mit der Dezentralisierung des indonesischen Staates hat die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) Prof. Pitschas angefragt, ob er bereit wäre, die GIZ bei der Qualitätsentwicklung von öffentlichen Dienstleistungen und in zahlreichen Fragen einer „Good Leadership“ zu unterstützen. Die Anfrage an Prof. Pitschas geht auf

den jetzigen Vizeminister für Verwaltungsmodernisierung, Herrn Eko Prasjojo zurück, der in Speyer unter der Betreuung von Prof. Pitschas promoviert hat. Letzterer hat seine Bereitschaft zur Mitwirkung an der Qualitätsentwicklung der öffentlichen Verwaltung Indonesiens zugesagt.

Personalrätekonferenz mit dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck



Ankunft des Ministerpräsidenten



Kurt Beck in der Diskussion mit den Personalräten Fotos: Archiv

Am Abend des 15. März 2012 nahm der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck in der Aula der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer an einer der regelmäßigen Betriebs- und Personalrätekonferenzen des DGB teil.

Dort wurde er schon zu Beginn von Rektor Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland mit dem Hinweis begrüßt, dass dies wohl die letzte Gelegenheit für den Ministerpräsidenten sei, die Speyerer „DHV“ zu besuchen: Am 27. März werde die traditionsreiche Einrichtung ihren Namen ändern und künftig als „Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer“ firmieren.

In seinem Eingangsstatement gab der Ministerpräsident Kurt Beck einen Überblick über die aktuellen politischen Themen von der Rettung

Griechenlands bis hin über die gescheiterte Finanztransaktionssteuer, den Ausbaustand des schnellen DSL-Netzes bis hin zur Schleckerinsolvenz. Bezüglich der anstehenden Konversion der rheinland-pfälzischer Bundeswehrliegenschaften zeigte sich Beck zuversichtlich, dass es im gemeinsamen Bemühen von Stadt und Land gelingen werde, eine Kompensation für wegfallenden Dienstposten zu erreichen.

In der anschließenden Aussprache wurden zahlreiche arbeits- und sozialpolitische Themen angesprochen. Insbesondere ging der Ministerpräsident auf die Auswirkungen der Schuldenbremse in den nächsten Jahren insbesondere mit Blick auf den Personalbereich ein.

Unabhängige Geschichtskommission des Bundesministeriums für Wirtschaft

Am 1. November 2011 wurde Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch in Berlin in die an diesem Tag eingesetzte Unabhängige Geschichtskommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und seiner Vorgängerinstitutionen berufen und entsprechende Haushaltsmittel für die Kommissionsarbeit zur Verfügung gestellt.

Anders als andere Bundesministerien in jüngerer Zeit beabsichtigt das Bundeswirtschaftsministerium, die gesamte Geschichte des Hauses von seiner Gründung im Kaiserreich im Jahre bis zur Wiedervereinigung erarbeiten zu lassen und dabei auch die Geschichte seines Pendant in der DDR, der Staatlichen Plankommission, in den Blick zu nehmen.

Der Kommission gehören außer dem Speyerer Professor Fisch (Verwaltungsgeschichte) drei Wirt-

schaftshistoriker an, Prof. Dr. Albrecht Ritschl (London School of Economics, Sprecher der Kommission), Prof. Dr. Werner Abelshäuser (Universität Bielefeld) und Prof. Dr. Carl-Ludwig Holtfrerich (Freie Universität Berlin) und ein DDR-Historiker, Privatdozent Dr. Dierck Hoffmann (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) sowie Dr. Michael Hollmann (Präsident des Bundesarchivs Koblenz).



Kommissionsmitglieder (v. l.): Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch, Univ.-Prof. Dr. Werner Abelshäuser, PD Dr. Dierck Hoffmann, Dr. Michael Hollmann, STS Dr. Heitze, Univ.-Prof. Dr. Albrecht Ritschl und Univ.-Prof. Dr. Carl-Ludwig Holtfrerich

Foto: BMWi

Die Kommission hat sich unabhängige eigene Forschung nahe an den Akten in verschiedenen Archiven und im Ministerium selbst vorgenommen und wird in ihre mehrjährige Arbeit ausgewiesene Fachkollegen mit einbeziehen.

Das Forschungsvorhaben soll im Jahre 2015 abgeschlossen werden.

Das Forschungsvorhaben soll im Jahre 2015 abgeschlossen werden.

Goldener Baum für Univ.-Prof. Dr. von Arnim



Stiftungsvorsitzender Hans-Joachim Ritter, Univ.-Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim, Oberbürgermeister und Kuratoriumsmitglied Hansjörg Eger (v. l.)

Foto: Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V.

Am 25. November 2011 verlieh die Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. den „Goldenen Baum“ im Rahmen einer Feierstunde im Historischen Ratssaal der Stadt Speyer an den Univ.-Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim. Der Stiftungsvorsit-

zende Hans-Joachim Ritter hielt die Laudatio. Er würdigte von Arnim als Verfassungsrechtler, Partein kritiker und Buchautor mit großen Verdiensten für mehr Demokratie und für eine saubere Demokratie. Anschließend nahm Ritter gemeinsam mit Oberbürgermeister und Kuratoriumsmitglied Hansjörg Eger die Preisverleihung vor. Von Arnim dankte der Stiftung für den Preis und hielt einen Vortrag zum Thema „Zeit für Widerstand“, in der er seinen bisherigen Bemühungen und publizierten Ergebnisse zusammenfasste.

Insbesondere setzte sich von Arnim mit der Frage auseinander, ob für den Bürger ziviler Ungehorsam nicht erlaubt sein muss, wenn sich die politische Klasse immer mehr von Bindungen an Normen befreit, die für alle gelten.

Die Feierstunde wurde musikalisch durch das Violinenduo Liana und Anna Mogilevskaja umrahmt. Anschließend hatte Oberbürgermeister Eger zu einem Empfang eingeladen.

Neues aus der Hochschulseelsorge



Morgenimpuls im Clubraum 3

Fotos: Luise Gruender

Das Semesterprogramm der KHG/ESG (Katholische und Evangelische Hochschulgemeinde) an der Universität startete wieder mit der Semester-Eröffnungs-Frühschicht, die anschließend jede Woche immer Mittwochs morgens um 8.00 Uhr im Clubraum 3 stattfand, mit - ganz wichtig - einem anschließenden gemeinsamen Frühstück. Verschiedenste Themen kamen hier zur Sprache.

Etwas ganz Besonderes war die Frühschicht, als uns Schwester Miguela Keller vom direkt neben der Hochschule gelegenen Institut St. Dominikus besuchte. Sie berichtete von ihrer Arbeit in Afrika. Die Ordensfrau, die fast 50 Jahre in Ghana wirkte und dort den „Millenium Excellenz Preis“ erhielt (ihre Vorgänger waren unter anderem Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu sowie der frühere UN-Generalsekretär Kofi Annan), fesselte durch ihre Beschreibung, mit wie bescheidenen Mitteln sie ein großes Krankenhaus aufbaute. Unermüdlich kämpfte sie vor Ort für Gesundheit, Menschenrechte und Seuchenkontrolle.



Übergabe der Spende an Schwester Miguela durch die stellv. Hörsprecherin Oxana Rimmer

Die Hörserschaft war so angetan von den Projekten, dass sie Schwester Miguela eine großzügige Spende übergab, die diese jetzt persönlich nach Afrika mitnahm, um dort die Ausbildung von jungen Menschen zu unterstützen, die sonst keine Möglichkeit dazu haben. Ein herzliches Dankeschön an alle, die dabei mitgewirkt haben, durch den Verkauf der Semester-T-Shirts, bei der Backaktion, beim Plätzchenverkauf...

Zum ersten Mal gab es im Wintersemester 2011/12 nicht nur eine, sondern auf Wunsch der Hörserschaft sogar zwei Domführungen! Die erste Führung fand mit Domkapitular und Domdekan Dr. Christoph Kohl zu Beginn des Semesters statt. Nach vielen Informationen rund um und im Weltkulturerbe ging es dann noch in den „Domnapf“, um den Abend gemütlich ausklingen zu lassen. Die zweite Dombesichtigung führte am Ende des Semesters Hochschulseelsorgerin Luise Gruender.



Ausflug nach Deidesheim

„Alle Jahre wieder...“ im Advent zieht es die Hochschulseelsorge und die Hörserschaft nach Deidesheim. Erfolgreich erklommen wir die Kapelle St. Michael. Bei Regen ging die Wanderung los, kurz schien die Sonne, bis es oben schließlich anfang zu schneien. Petrus fuhr das ganze Wetterprogramm auf! Das störte uns aber gar nicht und es kamen noch alle glücklich beim Adventsmarkt zu ihrem Winzerglühwein.

Nach dem großen Erfolg des Plätzchen-Backens im Jahr zuvor, gingen wir wieder in die „Plätzchenbackstube“ im oben genannten Kloster St. Dominikus. Es war viel Arbeit, aber der Erfolg blieb nicht aus. Schwester Antonia hielt uns mit Kuchen bei Laune und gab viele hilfreiche Tipps. Es duftete und wurde immer wärmer, bis schließlich eimer-



Backen mit Schwester Antonia

weise (!) Plätzchen aus dem Ofen kamen. Die Hörschaft kochte Glühwein und alle fühlten sich am 1. Adventswochenende vorweihnachtlich eingestimmt. Nachdem der erste „Plätzchenhunger“ aller Bäcker/innen gestillt war, wurde der Rest eingetütet und zugunsten des Projekts von Schwester Mi-guela verkauft.

Ein neues Highlight in diesem Semester war die Führung durch die Kirche der Protestation. Pfarrer Uwe Weinerth zeigte uns alle Ecken und Winkel - leider waren die Fenster nur sehr schlecht zu sehen - dumm, dass es im Winter so früh dunkel wird... Schnell war allen Anwesenden klar: Die Stadt Speyer hat nicht nur einen schönen Dom, sondern ist auch „Wiege der Protestation“. Die Gedächtniskirche mit ihren vielen Spendern aus der ganzen Welt ist wirklich etwas ganz Besonderes!



Führung in der Gedächtniskirche

Viele weitere KHG- und ESG- Aktionen fanden unter Beteiligung von Hörer/innen statt. Um einige Beispiele zu nennen:

- In diesem Semester nahm eine Hörerin an der Erwachsenenfirmung im Dom teil. Bischof Dr. Karl Heinz Wiesemann spendete ihr das Sakrament der Firmung im Dom. Im Gebet begleiteten wir sie und wünschen ihr für die Zukunft alles Gute und Gottes Segen!

- Einige Hörer/innen besuchten das Weihnachtsoratorium von Johann Sebastian Bach, um den Klang der neuen Domorgel zu erleben.

- Wir besichtigten das Judenbad mit Giovanni Bruno. Er erzählte uns alles rund um die Mikwe und das jüdische Museum „SchPIRA“. Schnell konnten sich alle das jüdische Speyer des Mittelalters vorstellen, das damals als eine der „Schum-Städte“ neben Worms und Mainz ein Zentrum jüdischen Lebens in Europa war. Großes Erstaunen gab es darüber, wie kalt doch das „lebendige“ (Grund-) Wasser so tief in der Erde ist, vor allem wenn man es zur rituellen Waschung benutzen möchte.



Besichtigung des Judenbades mit Giovanni Bruno

Ein letzter Höhepunkt im Semester war sicher auch (wieder) die traditionelle Pfälzer Weinprobe der Hochschuleseelsorge. Sie fand im Priesterseminar Speyer statt. Regens Markus Magin führte uns nach einem deftigen Pfälzer Buffet in die Welt des Weines und der Pfalz ein. Glücklicherweise und etwas beschwingt gingen alle nach Hause und denken bestimmt beim Öffnen der nächsten Weinflasche an ihre schöne Wintersemester-Zeit an der Universität zurück.

Jetzt freuen wir uns auf das Sommersemester 2012...

Pastoralreferentin Luise Gruender (Katholische Kirche) und Pfarrer Michael Erlenwein (Evangelische Kirche) Hochschuleseelsorger an der Universität

Familienfreundliche Universität

Der Runde Tisch zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie der Stadt Speyer, dem die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer seit vielen Jahren angehört, ist von den Lokalen Bündnissen für Familie, einer Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend als „Bündnis des Monats Februar 2012“ ausgezeichnet worden.

Ein großes Lob für die Akteurinnen und Akteure des Runden Tisches, die bereits schon einige Lösungen bei Problemen der Kinderbetreuung gefunden haben.

Mit dem Start einer Nachmittags- und Hausaufgabenbetreuung im März 2012 wurde die Betreuungslücke für Kinder der fünften und sechsten Klasse geschlossen.

Es wurde ein Konzept erarbeitet, bei dem nun in der Startphase bis zu 20 Kinder in dem umgebauten Gemeindezentrum in Speyer-West, der „Quartiersmensa“, die Möglichkeit haben, ein Hausaufgaben- bzw. Betreuungsangebot zu nutzen. Die Kinder erhalten ein warmes Mittagessen und können zwischen 14.00 Uhr und 16.00 Uhr ihre Hausaufgaben machen und/oder spielen. Erzieherinnen und Pädagogikstudentinnen und -Studenten kümmern sich in dieser Zeit um die Kinder. An einzelnen Tagen kann zusätzlich an einem der Angebote des Judosportvereins und des Fußballclubs Speyer 09 teilgenommen werden.

Nähere Informationen und Kontaktdaten werden demnächst im Intranet der Universität abrufbar sein.

Im „Kinderland Tafelsbrunnen“, ein weiteres erfolgreiches Projekt der Bündnispartner des Runden Tisches, ist Platz für 10 Kinder unter 3 Jahren, die von ausgebildeten Fachkräften von 7.30 Uhr bis 14.00 Uhr betreut werden. Die Betreuungszeiten können nach Bedarf auch erweitert werden. Elternbeiträge, Spenden und Unterstützungen der jeweiligen Arbeitgeber machten dieses Selbsthilfeangebot möglich und helfen Eltern, nach einer kurzen Elternzeit wieder in den Beruf zurück zu kehren.

Auch die schon seit Jahren beliebte Ferienaktion „Wilde 13“ wurde vom Runden Tisch ins Leben gerufen. In den ersten beiden Wochen der Sommerferien und eine Woche in den

Herbstferien wird in Kooperation mit dem Judosportverein Speyer ein attraktives Ferienprogramm entwickelt, wo Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren betreut werden können. Damit bei den Eltern keine unnötigen Zeitengpässe entstehen, orientieren sich die Betreuungszeiten der beiden Aktionen an den Arbeitszeiten der Eltern.

Verfügbar bei plötzlich auftretenden Betreuungsgpässen ist die „Notfallbörse“, die über den Kinderschutzbund Speyer zu erreichen ist, sowie die Kinderbetreuungsdatenbank der Metropolregion Rhein-Neckar (Zugriff über das Intranet der Universität).

Beruf und Pflege zu vereinbaren sowie hilfreiche Informationen den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiter zu geben, ist ebenfalls ein großes Anliegen der Universität. Eine plötzlich auftretende Pflegesituation kann Beschäftigte und Arbeitgeber vor eine Herausforderung stellen, da der Alltag komplett umgestellt werden muss. Hilfreiche Informationen bietet die Broschüre „Lichtblick“, die über das Intranet abrufbar ist. Auch die beiden Pflegestützpunkte in Speyer, eine wohnortnahe Beratungsstelle können über das Intranet abgerufen werden.

Ansprechpartnerin der Universität für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie / Pflege ist neben der Hochschulleitung Frau Claudia Wiora (Tel.: 654-272; E-Mail: wiora@uni-speyer.de).

Ebenfalls besteht die Möglichkeit, direkt über die Frauenbeauftragte der Stadt Speyer, Frau Inge Trageser-Glaser (Tel.: 06232 142-267), wichtige Kontaktstellen zu finden.

Claudia Wiora

Betriebliche Gesundheitsförderung

Die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer ist Anfang letzten Jahres „offiziell“ dem Netzwerk für Betriebliche Gesundheitsförderung Speyer beigetreten. Im Jahr 2004 gegründet, umfasst das Netzwerk mittlerweile 21 Betriebe, Behörden und Institutionen.

Betriebliches Gesundheitsmanagement ist heute Bestandteil moderner Unternehmensführung. Das Netzwerk bildet eine Plattform für Unternehmen und Institutionen, die in der betrieblichen Gesundheitsförderung aktiv sind oder es werden wollen. Die Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch die der Betriebe stehen im Mittelpunkt. Auf diesem Weg wird Krankheiten am Arbeitsplatz vorgebeugt, die Gesundheitsreserven

werden gestärkt und das Wohlbefinden am Arbeitsplatz verbessert.

Die Vorteile des Netzwerks stehen für die Leiter der beteiligten Behörden und Betriebe fest: durch die kooperative Zusammenarbeit kann man den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein breit gefächertes Angebot gesundheitsfördernder Maßnahmen kostengünstig anbieten.

Einige Projekte konnten an der Universität bereits erfolgreich durchgeführt werden. Neben der jährlichen Fastenaktion bot die Universität vor kurzem einen ganzheitlichen Augentrainingskurs an. Der Netzwerkalender, der halbjährlich aktualisiert wird, bietet eine Reihe von Kursen, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern rege besucht wer-

den.

Im Laufe des Jahres wird sich die Universität an der Aktion „Netzwerk mit Herz“, einer Herzvorsorgeuntersuchung, beteiligen; außerdem sind Gesundheitsvorträge geplant.

Die Seiten des Netzwerks für Betriebliche Gesundheitsförderung sind über das Intranet abrufbar; außerdem wird über die verschiedenen Aktionen des Netzwerks, wie zum Beispiel eine Infoveranstaltung zum Thema Organspende im Vincenz-Krankenhaus, regelmäßig informiert.

Der Erhalt der körperlichen und seelischen Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und somit deren Wohlbefinden ist für die Universität von großer Bedeutung.

Claudia Wiora

„Weg mit dem Speck“ in Speyerer Betrieben und Behörden 3. Aktion „Lust auf Bewegung“ startet am Tag nach Aschermittwoch

cr. Speyer. „Am Aschermittwoch ist alles vorbei“ – so heißt es in genau einer Woche nicht nur bei den Karnevalisten, sondern – bereits zum dritten Mal – auch für alle Schlemmermäuler und Genießer, die – zeitgleich mit der kirchlichen Fastenzeit – im Rahmen der Aktion „Lust auf Bewegung“ des „Betrieblichen Netzwerks Gesundheit Speyer“ zur gemeinsamen „Bewegung“ „Weg mit dem Speck“ aufrufen. Im neuen „JudoMaxx“, dem Landesleistungszentrum der Judoka, stellten jetzt „Fitness-Bürgermeisterin“ Monika Kabs – so titulierte sie Sparkassenvorstand Uwe Wöhlert – gemeinsam mit dem Sparkassen-Chef selbst und zahlreichen Aktivisten der Gesundheitsaktion die Höhepunkte der diesjährigen Aktion vor.

Zumba, europäisierte Variante eines von südamerikanischen Tanzrhythmen inspirierten Fitnessprogramms, aufgeladen mit Elementen aus Hip-Hop, Samba, Salsa, Mambo und „Bollywood-Bewegungen“, bestimmt 2012 die „neue Welle“, die derzeit auch durch die Speyerer Betriebe und Verwaltungen schwappt – allein gut 130 Mitarbeiterinnen, aber auch einige Mitarbeiter der Kreis- und Stadtsparkasse Speyer geben sich dieser überaus for-

dernden, zugleich aber auch fröhlich-begeisternden Form des Tanzens hin. Unter der kompetenten Anleitung durch Simone Kinscherff zeigte eine „Abordnung“ der „Zumba-Jüngerinnen“ einige Kostproben dieser „Bewegungstherapie“, die die zahlreichen Fitness-Fans im „JudoMaxx“ zu begeisterten Ovationen hinrissen. Ab März wird dann auch noch „Aqua-Zumba“, also Bewegungstanz im Wasser – angeboten im Therapiebecken des Stiftungs-Krankenhauses Speyer – hinzukommen.

Danach erklärte Physiotherapeut Matthias Richter gemeinsam mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Fitnessübungen, die sie für die Teilnehmer an der diesjährigen Aktion „Lust auf Bewegung“ zusammengestellt haben. Da werden Fitness- und Entspannungskurse angeboten – Pilates zum Beispiel, aber auch eine Laufgruppe.

Ab dem 23. Februar und bis zum 28. März können die Teilnehmer dann unter sportfachlicher Anleitung einen Monat lang diese Übungen täglich ab 17.00 Uhr im „JudoMaxx“ absolvieren – für Schichtarbeiter werden auch Kurse am Vormittag angeboten. Dazu gibt es auch qualifizierte Beratungen für gesunde und zugleich gewichtsreduzie-

rende Ernährung. Auch hierzu stehen qualifizierte Fachleute zur Verfügung. Außerdem bieten verschiedene Betriebskantinen sowie zwei Speyerer Restaurants während der Aktionswochen ein spezielles Menu an.

Nach Abschluss der einmonatigen Aktion wird dann das erreichte Zielgewicht mit dem am 23. Februar beim „Anwiegen“ ermittelten Ausgangsgewicht verglichen.

Im vergangenen Jahr – so berichtete der Koordinator des „Betrieblichen Netzwerks Gesundheit“ und Personalratsvorsitzende der Kreis- und Stadtparkasse Speyer, Kurt Scherer – kamen so bei dieser Aktion insgesamt 1.000 Kilogramm Körpergewicht zusammen – „abgesportelt“ von 300 zum Wiegen „angetretenen“ Speyerer, das diese innerhalb der Aktion „gelassen“ hatten. „Abnehmen ist gar nicht so schwer“, versicherte sein Chef Uwe Wöhlert aus eigener Erfahrung, „viel schwieriger ist es dagegen, das erzielte Gewicht dauerhaft zu halten“. Wöhlert wird deshalb ebenso wie Bürgermeisterin Monika Kabs auch in diesem Jahr wieder mit von der Partie sein und – als Krönung ihrer Bemühungen – am 2. Juni versuchen, erneut das Sportabzeichen zu erringen. „Zuvor aber wollen wir alles daran setzen, den Menschen in unserer Stadt „Lust an Bewe-

gung“ zu vermitteln und so helfen, das „Abspecken“ nachhaltig zu machen“, versicherten beide übereinstimmend.

Zuvor schon hatte Bürgermeisterin Monika Kabs auf die große Bedeutung der Aktion für die Gesundheit der Menschen in Speyer hingewiesen und sie ermunterte, im Interesse ihrer eigenen Gesundheit die Angebote in großer Zahl wahrzunehmen. Wie wichtig das für den einzelnen sein könne, habe sich auch im letzten Jahr gezeigt, als einige Teilnehmer aufgrund von entsprechenden Befunden bei der gleichfalls angebotenen Herzinfarktversorgung an den Hausarzt verwiesen werden mußten. Der Dank der Bürgermeisterin galt deshalb allen, die sich mit großem Engagement in den nächsten Wochen und darüber hinaus für das Gelingen der Aktion einsetzten.

Weitere Informationen gibt es über www.info@bgf-speyer.de oder direkt bei Kurt Scherer und der Personalreferentin der Sparkasse Speyer, Melanie Weber, über 06232-103-246 oder über www.Kurt.Scherer@sparkasse.de

Beitrag aus dem Speyer Kurier vom 14.2.2012

Eltern-Kind-Zimmer der Universität

Manche Eltern standen sicherlich schon einmal vor dem Problem: das eigene Kind muss betreut werden, aber die Betreuungsperson ist verhindert, die Kita ist geschlossen oder die Lehrer haben Klausurtagung. Man selbst muss jedoch zum Dienst – also was tun?

Die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer ist sehr mitarbeiterorientiert und wird zum 1. April 2012 ein Eltern-Kind-Zimmer eröffnen. Es steht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung.

Das neue Eltern-Kind-Zimmer ist ein nahezu vollwertig ausgestattetes Büro mit Schreibtisch, Telefon und Drucker sowie der Möglichkeit, ein mitgebrachtes Laptop ans Netz anzuschließen.

Der Raum befindet sich im Wohnheim, Freiherr-vom-Stein-Str. 2. Dort ist zusätzlich ein Eltern-Kind-Parkplatz reserviert.

Das Eltern-Kind-Zimmer verfügt über Schlaf- und Spielmöglichkeiten für das Kind, einen eigenen Sanitärbereich mit Nasszelle, Wickeltisch und unterstützt mit seinen vielseitigen Möglichkeiten die Betreuung von Kindern. Ebenso dient der Raum als Ruheort für Schwangere oder Stillende.



Das neue Eltern-Kind-Zimmer in der 2. Etage des Wohnheimes
Foto: Archiv

Außerdem steht den Benutzern des Eltern-Kind-Zimmers die Etagenküche zum Erwärmen von Speisen etc. zur Verfügung.

Mit der Einrichtung dieser Betreuungsmöglichkeit hat die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften einen weiteren wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie geschaffen.

Claudia Wiora

Personalia (1. Oktober 2011 bis 31. März 2012)

a) Einstellungen

- 01.10.2011 Hötger, Damian, Assessor, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Hill
- 01.10.2011 Heil, Katharina, M.A., Referentin für die Implementierung und Entwicklung der Masterstudiengänge
- 01.10.2011 Beck, Dieter, Apl. Prof. Dr., Lehrstuhlvertretung am Lehrstuhl Personal, Führung und Entscheidung im öffentlichen Sektor
- 10.10.2011 Griebner, Queenie, Sekretärin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Sommermann
- 01.11.2011 Albert, Alexandra, Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
- 05.11.2011 Getimis, Panagiotis, Prof. Dr., Gastprofessor
- 01.12.2011 Oberländer, Julia, Assessorin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
- 01.01.2012 Von Krosigk, Rüdiger, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch
- 01.01.2012 Yazar, Ceren, Assessorin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Weiß
- 16.01.2012 Schwab, Christian, M.A., Mag. rer. publ., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Frau Univ.-Prof. Dr. Kuhlmann
- 20.01.2012 Mory, Linda, M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
- 01.02.2012 Piehler, Robert, M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
- 01.02.2012 Schmoch, Ulrich, Prof. Dr., Koordinator des MPA-Programms Wissenschaftsmanagement
- 16.03.2012 Albert, Alexandra, Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini

b) Ausscheiden

- 31.10.2011 Dittrich, Marcus, M.A., Mag. rer. publ., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Frau Univ.-Prof. Dr. Kuhlmann
- 30.11.2011 Albert, Alexandra, Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
- 31.12.2011 Lang, Simon, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch
- 31.12.2011 Ody, Isabel, Assessorin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl und bei einem Projekt von Herrn Univ.-Prof. Dr. Weiß
- 31.01.2012 Benz, Hans-Günter, Mitarbeiter in der Hausverwaltung
- 31.01.2012 Getimis, Panagiotis, Prof. Dr., Gastprofessor
- 28.02.2012 Walter, Katrin, Dipl.-Kauffrau (FH), wissenschaftliche Mitarbeiterin bei einem Projekt von Herrn Univ.-Prof. Dr. Hill
- 25.03.2012 Schnapp, Marina, Assessorin, Mag. rer. publ., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Hill
- 31.03.2012 Beck, Dieter, Apl. Prof. Dr., Lehrstuhlvertretung am Lehrstuhl Personal, Führung und Entscheidung im öffentlichen Sektor



Verabschiedung von Hans-Günter Benz



Jubiläum von Bernd Spies

- 31.03.2012 Rimlinger, Olivier, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei einem Projekt von Herrn Univ.-Prof. Dr. Hill
- 31.03.2012 Sicko, Corinna, Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Ziekow
- 31.03.2012 Oberländer, Julia, Assessorin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini



Jubiläum von Rainer Fein

Fotos: Archiv

c) 40-jährige Dienstjubiläen

- 15.11.2011 Bernd Spies
- 13.03.2012 Rainer Fein

Promotionen im Wintersemester 2011/2012

PATRICK LAURENCY, Funktionen wirkungsschwacher multilateraler Klimaschutzabkommen - Ursachen und Strategien der 'kontrafaktischen Stabilisierung' politischer Zielerwartungen (Veröffentlichung in Vorbereitung). Gutachter: A. Knorr/W. Seibel

CHRISTIAN JOCK, Das Instrument der Fachaufsicht - rechtliche und verwaltungswissenschaftliche Probleme und potenzielle Weiterentwicklungen, Göttingen 2011. Gutachter: H. Hill/M. Martini

Schriftenreihe der Hochschule

- 209 JAN ZIEKOW (HRSG.), Aktuelle Probleme des Luftverkehrs-, Planfeststellungs- und Umweltrechts 2010. Vorträge auf den Zwölften Speyerer Planungsrechtstagen und dem Speyerer Luftverkehrsrechtstag vom 3. bis 5. März 2010 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2011
- 210 HEINRICH SIEDENTOPF/BENEDIKT SPEER (HRSG.), Deutschland und Frankreich in der europäischen Integration: 'Motor' oder 'Blockierer'?, Berlin 2011
- 211 HANS HERBERT VON ARNIM (HRSG.), Systemmängel in Demokratie und Marktwirtschaft. Beiträge auf der 12. Speyerer Demokratietagung vom 28. bis 29. Oktober 2010 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2011
- 212 HERMANN HILL/KARL-PETER SOMMERMANN/ULRICH STELKENS/JAN ZIEKOW (HRSG.), 35 Jahre Verwaltungsverfahrensgesetz - Bilanz und Perspektiven. Vorträge der 74. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung vom 9. bis 11. Februar 2011 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2011
- 213 MARIO MARTINI, Wenn das Volk (mit)entscheidet ... Wechselbeziehungen und Konfliktlinien zwischen direkter und indirekter Demokratie als Herausforderung für die Rechtsordnung, Berlin 2011

Speyerer Arbeitshefte

- 205 FRANK HENNECKE, Der Umweltjurist, Speyer 2011
- 206 WALDEMAR SCHRECKENBERGER, Rechtsidee als grundlegendes Prinzip der modernen Staatenwelt - mit Beiträgen der rechtsphilosophischen Rhetorik in der Staatsverwaltung, Speyer 2011
- 207 ANDREAS KNORR (HRSG.), Antikorruptionspolitik im deutsch-russischen Vergleich (Veröffentlichung in Vorbereitung)

Speyerer Habilitationen

ALEXANDER WINDOFFER, Verfahren der Folgenbewertung als Instrument der rechtlichen Sicherung von Nachhaltigkeit
(Veröffentlichung in Vorbereitung)

Speyerer Vorträge

- 96 MARIO MARTINI, Wie viel Gleichheit braucht das Internet? Netzneutralität zwischen kommunikativer Chancengleichheit und Infrastruktureffizienz. Antrittsvorlesung im Sommersemester 2011, Speyer 2011
- 97 ALEXANDER WINDOFFER, Das neue Glücksspielrecht - Präventionsmodell mit Gewinnchancen in Karlsruhe und Luxemburg? Antrittsvorlesung im Wintersemester 2011/2012, Speyer 2012
- 98 JOACHIM WIELAND, Die Zukunft Europas - Die Krise als Chance. Rektoratsrede anlässlich der Eröffnung des Wintersemesters 2011/2012, Speyer 2012



Nachdem im Wintersemester 2010/11 die aus Kasachstan und Kirgisien stammenden Hörerinnen und Hörer zum Nauryz-Fest (Frühlingsfest) einen Baum auf dem Campus gepflanzt hatten (Speyer-Journal 18 S. 24, brachten Frau Gulmira Aubakirova und Herr Mirzhan Baimakhanov am 16. Dezember eine Gedenkplakette an dem Baum an, die an die Pflanzung erinnert. Der Baum stellt ein lebendiges und wachsendes Denkmal der guten Beziehungen der Universität zu ihren Partnern in Kasachstan und Kirgisien dar.

Foto: Archiv

SpeyerJournal Nr. 20

Wintersemester 2011/2012

(Fortführung des SpeyerBriefs)

Impressum

Herausgeber: Der Rektor der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Redaktion: Referat für Information und Kommunikation der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Freiherr-vom-Stein-Str. 2, 67346 Speyer;

Tel.: 06232/654-225;

Fax: 06232/654-208;

E-Mail: strohm@uni-speyer.de

Verantwortlich: Dr. Klauspeter Strohm

Lektorat: Hildegard Grifflmer, Anja Kahrau

Druck: Universität Speyer, Druckerei

Erscheinungsweise: einmal pro Semester, Auflage: 2.500

Nachdruck bei Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars gestattet.

Fotonachweis: Archiv, Gruender, BMWi, Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V.